

05
2021

lautstark.

DEIN MITGLIEDERMAGAZIN



Demokratie lebt durch dich

CORONA-FOLGEN

Mehr Kinder und Jugendliche
leiden unter Ängsten

TARIFRUNDE TV-L

Fünf Gründe, warum es sich
im Herbst zu kämpfen lohnt

NEUE VORSITZENDE

Ayla Çelik spricht über ihre
Ziele für die GEW NRW

SCHAUMSCHLÄGER*INNEN? NICHT BEI UNS!



Foto: unsplash.com / Chevanon Photography

JETZT NEUE KOLLEG*INNEN WERBEN UND TOLLE PRÄMIEN SICHERN!

Bei allen Kolleg*innen, die neue Mitglieder für die GEW NRW gewinnen, bedanken wir uns mit einer tollen Prämie. Wie wäre es mit einem kabellosen Milchaufschäumer von WMF? Diese und viele weitere Prämien findest du unter gew-nrw.de/mitglieder-werben.



Demokratie

Substantiv, feminin, [die]

Wortherkunft:

griechisch *dēmokratía*, aus *dēmos* = Volk und *krátos* = Kraft, Macht

Bedeutung:

- 1 a) politisches Prinzip, nach dem das Volk durch freie Wahlen an der Machtausübung im Staat teilhat
- 1 b) Regierungssystem, in dem die vom Volk gewählten Vertreter*innen die Herrschaft ausüben
- 2 Staat mit demokratischer Verfassung
- 3 Prinzip der freien und gleichberechtigten Willensbildung und Mitbestimmung in gesellschaftlichen Gruppen

[demokʁa'tiː]



Demokratie lebt durch dich

Wie geht es weiter mit unserer Demokratie? Darüber entscheiden wir bei der Bundestagswahl im September 2021 an der Wahlurne mit. Doch demokratisches Handeln ist noch mehr: Damit Bürger*innen politisch aktiv werden, ist Demokratiebildung eine zentrale Aufgabe von der Kita bis zur Erwachsenenbildung. Eine Aufgabe, für die sich die Beschäftigten in unseren Bildungseinrichtungen täglich engagieren.

VERSTEHEN

Gesellschaft und Verantwortung

- 08 Demokratie am Kipppunkt**
Bundestagswahl 2021
- 11 Die dunkle Seite sozialer Netzwerke**
Rechtsextreme Inhalte auf Instagram
- 14 Druck rausnehmen und ermutigen**
Was Kinder und Jugendliche in der Pandemie brauchen

ZUSAMMENHALTEN

Arbeitsplatz und Solidarität

- 18 Es ist kompliziert**
Demokratie an der Hochschule
- 21 Ich freue mich auf meine Aufgaben**
Ayla Çelik ist neue Vorsitzende der GEW NRW
- 24 Ergebnis mit Signalwirkung**
GEW NRW befragt Beschäftigte in Kitas
- 25 Vier Gründe, aus denen es sich zu kämpfen lohnt**
Tarifrunde TV-L

INSPIRIEREN

Ideen und Impulse

- 29 Aktiv gegen Verschwörungsdenken**
Schüler*innen für eine demokratische Gesellschaft stärken
- 33 Was tun bei Verschwörungsmythemen im Klassenzimmer?**
Leitfaden für Lehrkräfte
- 34 Erfahrungsräume für Demokratie**
Kitakinder brauchen Partizipation und Selbstbestimmung

EINMISCHEN

Politik und Veränderung

- 39 Aus Forderungen müssen Taten werden**
GEW-Positionen zur Bundestagswahl 2021
- 40 Wir brauchen dringend die Vernunft von unten**
Politische Erwachsenenbildung
- 44 Volksabstimmungen auf Bundesebene – eine gute Idee?**
Direkte Demokratie in Deutschland
- 46 Im neuen Schuljahr ist mehr als Extra-Zeit zum Lernen nötig**
Unterstützung für Schüler*innen in der Corona-Pandemie

-
- 06 Kleine Pause**
 - 50 Ich bin die GEW NRW!**
 - 51 Ausblick & Impressum**

Tipps für Personalräte

DIENSTVEREINBARUNGEN FÜR MOBILES ARBEITEN

Die GEW NRW rät Personalräten, mit ihren Dienststellen (möglichst landesweite) Dienstvereinbarungen nach § 70 Landespersonalvertretungsgesetz NRW zu schließen, um Regeln für das mobile Arbeiten aufzustellen. Das GEW-Bundesforum *Bildung in der digitalen Welt* hat dazu Handlungsempfehlungen veröffentlicht. Die Tipps sind in sieben Themenbereiche eingeteilt: Nutzungszweck und Funktion der Geräte, Datenschutz, Schutz vor Leistungs- und Verhaltenskontrolle, Entgrenzung von Arbeitszeit entgegenwirken, Arbeitszeit und Arbeiten in Teilzeit, Gestaltung der Arbeitsplätze sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung.

GEW-Broschüre *Mobiles Arbeiten*
tinyurl.com/dienstvereinbarungen



Podcast zur Bundestagswahl

DIE WÄHLER*INNEN HABEN DAS WORT

Ein Radprofi, eine Lehrerin, ein Nichtwähler – im Podcast *Wer hat die Wahl? Gespräch übers Wählen gehen* der Bundeszentrale für politische Bildung sprechen Journalist*innen und Podcaster*innen mit Blick auf die Bundestagswahl am 26. September 2021 mit verschiedenen Menschen. Was bewegt sie? Was bedeutet es für sie, zu wählen? Wo stehen sie politisch? Die Folgen erscheinen bis zur Bundestagswahl im 14-tägigen Rhythmus und können auf der Homepage der Bundeszentrale sowie über verschiedene Audio-Streaming-Dienste gehört werden.

Mehr Infos zum Podcast und den einzelnen Folgen
tinyurl.com/wer-hat-die-wahl



Die Daktiker

NEUES PROGRAMM AUF DER BÜHNE

Nachdem im vergangenen Jahr Corona dazwischengrätschte, lassen sich *die daktiker* nun nicht mehr aufhalten: Das neue Programm *Adolphinum – Fit For Future* feierte Mitte August Premiere. Was lernen wir aus der Pandemie, zum Beispiel aus einer kritischen Würdigung von Yvonne Gebauers Schulmails? Wie haben sich Tablets, Laptops und andere digitale Pandemiederwaren bewährt? Was gilt es auf-, ab- und umzuarbeiten? Selbstredend bleibt der normale Schulwahnsinn genauso wenig außen vor, wenn es etwa gilt, trotz Lehrkräftemangel und schulbürokratischer „Hilfestellung“ das Adolphinum für die Zukunft fit zu machen.

Mehr Infos zum Programm der *daktiker*
daktiker.de

Nächste Vorstellungen:

01.10.2021

19.11.2021

**Aufführungsort
und VVK:**

Alter Schlachthof,
Soest

VERSTEHEN

Gesellschaft und Verantwortung

EINE ÄRA ENDET – UND NUN?



Foto: Laurence Chaperon / CDU

Demokratie am Kipppunkt

Wenn Deutschland im Herbst 2021 wählt, steht viel auf dem Spiel, nicht zuletzt die Demokratie, in der wir leben. Wie geht es weiter, wenn die Ära Angela Merkel endet? Albrecht von Lucke plädiert für mehr Experimente und verlässliche Krisenprävention.

Wenn nach dieser Bundestagswahl am 26. September die Regierungszeit Angela Merkels endet, endet damit auch die – nach Konrad Adenauer und Helmut Kohl – dritte und vermutlich letzte lange politische Ära in der Geschichte der Bundesrepublik. Denn was gleichbleiben, ja sogar sich noch einmal verschärfen dürfte, ist die ökologische und damit auch ökonomische Krisenanfälligkeit dieses Landes, ja sogar die des europäischen Kontinents und des gesamten Planeten. Und bereits diese Tatsache dürfte eine derart lange, enorm strapaziöse Kanzlerschaft in der Zukunft unmöglich machen.

Demokratie in der Vertrauenskrise

Wenn der Kanzlerkandidat der Union, Armin Laschet, von den 2020er-Jahren daher als einem „Modernisierungsjahrzehnt“ spricht, bedeutet das eine erhebliche Verharmlosung. Was auf uns zuzukommen droht – und was es folglich abzuwenden gilt –, ist vielmehr ein Katastrophenjahrzehnt.

Die Corona-Krise, aber auch die jüngsten dramatischen Überschwemmungen haben brutal demonstriert, dass das global dominante fossilistische Wachstumsmodell an einem Kipppunkt angelangt ist. Das Gleiche gilt jedoch auch für die Demokratie: Auch sie könnte sich an einem Kipppunkt befinden. Der in

Deutschland auf hohem Niveau stabile und in Gesamteuropa weiter zunehmende Rechtspopulismus zeigt: Immer mehr Bürger*innen verlieren das Vertrauen in die Demokratie. Die AfD ist vor allem Symptom für eine zutiefst gespaltene Gesellschaft und die wachsende Kluft zwischen Politiker*innen und einem erheblichen Teil der Bevölkerung. Zugleich wächst mit dem Verlust des Vertrauens in die Demokratie die autoritäre Versuchung: die Sehnsucht nach starken Führungsfiguren.

Mehr Experimente statt kurzatmiges Agieren

Damit demokratische Politik tatsächlich krisenfest und zukunftssicher wird, kann sie offensichtlich nicht länger im Modus des bloß kurzfristigen Kaschierens von Problemen fortfahren. Demokratische Legitimation erwächst nämlich stets aus zwei Komponenten: einerseits dem Input, also der Beteiligung der Bürger*innen, aber andererseits – und mehr noch – aus dem politischen Output, also dem faktischen Erfolg der regierenden Parteien bei der Lösung der wichtigsten Probleme.

Daraus folgt, dass die Politik in den nächsten Jahren weit stärker als bisher ihre Fähigkeit zur Krisenbewältigung unter Beweis stellen muss. Denn das Regierungshandeln der vergangenen Jahre hat das Vertrauen der Bürger*innen in die Demo-

kratie offensichtlich eher geschwächt als gestärkt. Das haben vor allem die teilweise unzulänglichen Reaktionen auf die Corona-Krise sowie auf die jüngste Flutkatastrophe gezeigt.

Natürlich ist es völlig richtig, dass den von derartigen Katastrophen Betroffenen sofort und unbürokratisch Hilfe zukommt. An einer wirklichen Lösung der Probleme geht dieses stets kurzatmige Agieren allerdings vorbei. Denn an der grundsätzlichen Gefährdungslage ändert sich durch den Ersatz der Schäden rein gar nichts. Im Gegenteil: Stets mit Blick auf den nächsten Wahlkampf gaukelt es Sicherheit bloß vor, ohne sie langfristig wirklich garantieren zu können. Das zeigen exemplarisch die immer wiederkehrenden Überschwemmungen der letzten 20 Jahre.

„Keine Experimente“ – das alte Unionsmotto von Konrad Adenauer über Helmut Kohl und Angela Merkel bis zu Armin Laschet kann daher gerade nicht die richtige Antwort auf die gegenwärtige Katastrophenlage sein. Im Gegenteil: Heute kommt es entscheidend darauf an, mehr Experimente zu wagen und viel mehr in die grundsätzliche Bekämpfung der Klimakrise als die eigentliche Jahrhundertherausforderung zu investieren.

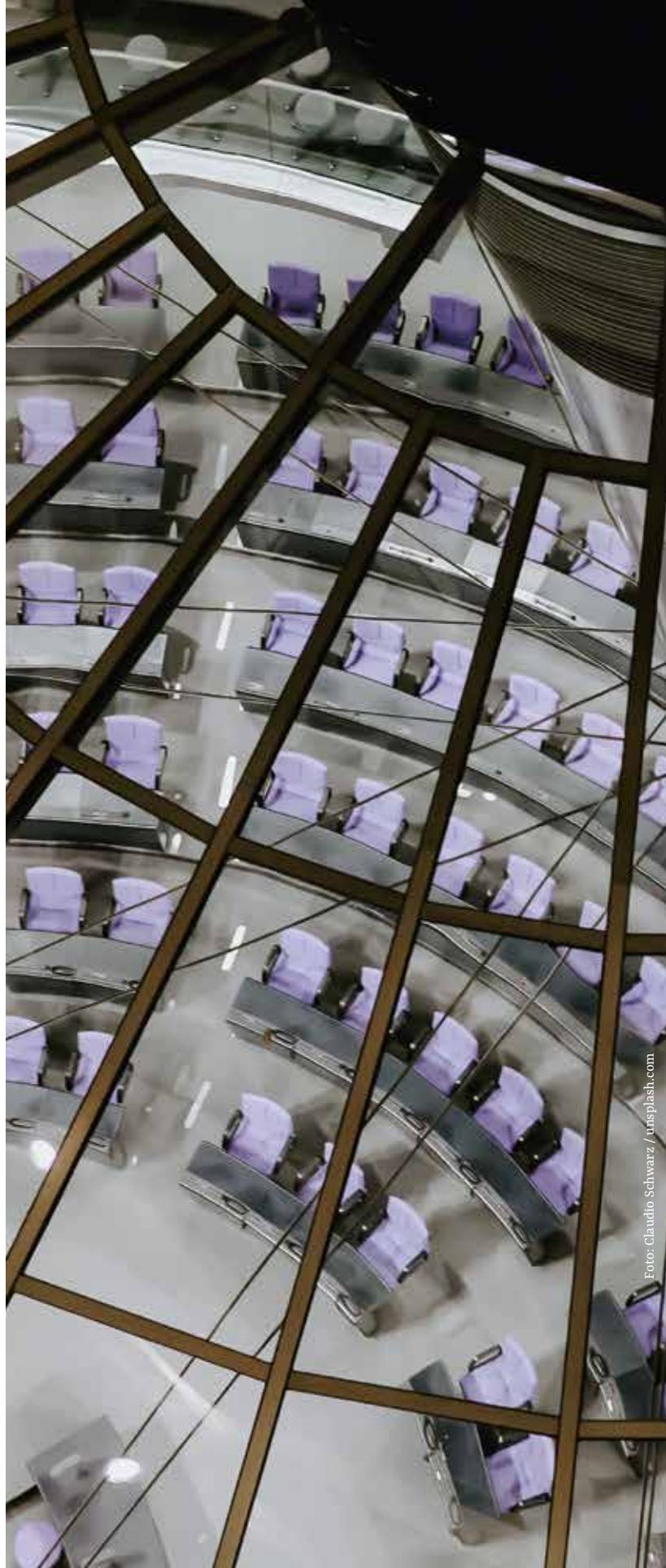
Wirksame Krisenvorsorge muss her

Die jüngste Flut kennt eine Lehre: Damit derartige Katastrophen gar nicht erst eintreten, braucht es endlich einen effektiven Klimaschutz, genauso wie massive Investitionen in die Infrastruktur und vorbeugende Maßnahmen gegen weiter drohende Hochwasser.

Worauf es daher letztlich ankommt, ist ein völlig neues Staatsverständnis. Die Ära des neoliberalen Staatsabbaus muss endlich ein Ende haben. Statt auf Nachsorge, also auf bloße Schadensbehebung zu setzen, muss der Staat endlich wirksame Krisenvorsorge treffen. Nur auf diese Weise werden Katastrophen, wie wir sie derzeit erleben, zukünftig bereits im Ansatz zu verhindern sein.

Denn das lehren die schrecklichen Bilder von der Wasserfront: Ohne ein wirksames System der Schadensvorbeugung ist alles nichts. Bleibt der Staat dagegen weiter schwach und agiert er zukünftig nicht endlich stark und präventiv, dann werden sich die Katastrophen Jahr für Jahr wiederholen – und im Zweifel auf immer dramatischere Weise.

>>



„Keine Experimente“ – das alte Unionsmotto kann nicht die richtige Antwort auf die gegenwärtige Katastrophenlage sein.

Wir müssen jetzt entscheiden: Exit oder Voice?

Zugleich werden die Spaltungs- und Frustrations-tendenzen in der Gesellschaft weiter zunehmen – und mit ihnen die Abwendung von der Demokratie. Bereits 1970, angesichts einer ersten, ungleich schwächeren Krise der westlichen Nachkriegsdemokratien, unterschied der Ökonom Albert O. Hirschman zwei Handlungsstrategien in derartigen gesellschaftlichen Krisen- und Stresssituationen: Exit und Voice. Exit steht für den mentalen Ausstieg aus der Demokratie, Voice für politische Beteiligung, also dafür, die eigene Stimme zu erheben und sich aktiv zu beteiligen.

Heute entscheiden sich mehr und mehr Menschen für die postdemokratische Exit-Option. Dieser geistig-politische Ausstieg aus der Gesellschaft manifestiert sich sowohl am unteren als auch am oberen Rand der Gesellschaft. Unten sieht sich eine immer größere Zahl von Menschen zunehmend marginalisiert und wendet sich frustriert ab. Oben dagegen löst sich eine kleine, aber immens wichtige Schicht als neue „globale Klasse“ (Ralf Dahrendorf) von den nationalen politischen Bezügen und verabschiedet sich in die Welt der internationalen Spekulationsgeschäfte. Immer getreu der Devise: „Nach uns die Sintflut.“

Demokratische Mammutaufgabe für neue Bundesregierung

Dieses hochegoistische, letztlich antisoziale Verhalten ist aber nur den hochmobilen „Anywheres“ (David Goodhart) möglich, die aufgrund ihrer enormen finanziellen Mittel überall auf der Welt gut über die Runden kommen – im Gegensatz zu den an einen bestimmten Ort gebundenen „Somewheres“, die sich mit den zunehmenden Katastrophen am Boden herumschlagen müssen. Während die einen am rein individuellen „Fort“-kommen interessiert sind, regelmäßiger Ortswechsel inbegriffen, müssen die anderen vor Ort um ihr Überleben kämpfen. Im Ergebnis geht auf beiden Seiten des gesellschaftlichen Spektrums das politische Engagement immer stärker zurück. Am Ende verbleibt der Demokratie eine immer kleiner werdende gesellschaftliche Mitte, die sich für ihr Gemeinwesen engagiert.

Dieser hochgefährlichen Spaltung der Gesellschaft gilt es unbedingt entgegenzuwirken. Andernfalls droht die für die Demokratie entscheidende „Loyalty“ (Albert O. Hirschman), sprich: die Loyalität und Zustimmung zum demokratischen System, immer weiter zu erodieren. Zunehmende gesellschaftliche Polarisierung und Verfeindung wären die Folge. Wer daher auch immer nach dem 26. September regieren wird müssen, eines steht heute bereits fest: Sie oder er wird nicht nur einer ökologischen und ökonomischen, sondern auch einer demokratischen Mammutaufgabe gegenüberstehen. //

Albrecht von Lucke

Politologin, Jurist und Redakteur der *Blätter
für deutsche und internationale Politik*

Die dunkle Seite sozialer Netzwerke

Traumhafte Reisefotos, appetitlich inszeniertes Essen – die Welt auf Instagram ist schön. Journalist Arne Steinberg erklärt, wie auch andere Inhalte ihren Weg in die gefilterte Wirklichkeit finden. Rechtsextreme nutzen die Plattform, um ihre menschenverachtenden Inhalte zu verbreiten.

Instagram – eine der wichtigsten Plattformen der Welt. Jeden Tag nutzen Millionen Menschen weltweit die App aus dem Hause Facebook. Für den Großteil ist die Welt auf Instagram bunt, harmlos und unpolitisch: Speziell junge Menschen posten Fotos von stimmungsvollen Szenen in der Natur, teilen Impressionen von früheren Reisen oder laden gut inszenierte Schnappschüsse von liebevoll angerichtetem Essen hoch.

Nutzer*innen der Plattform drücken mit ihren Likes Zustimmung aus und folgen denjenigen Accounts, für deren Inhalte sie sich interessieren. Mit anderen bekannten oder gleichgesinnten Menschen können sie auf Instagram kommunizieren. Unterhaltung, Kommunikation, Information: Instagram befriedigt all diese Bedürfnisse. Und die Welt dort, so will es der Facebook-Konzern, ist schön.

Rechtsextreme nutzen den Algorithmus für sich

Ist eine Plattform für viele Menschen attraktiv, wird sie interessant für diejenigen, die daraus ihren Profit ziehen wollen. Die Vergangenheit lehrt, dass speziell rechte und rechtsextreme Gruppen häufig dazu in der Lage sind, frühzeitig das Potenzial einer Plattform zu erkennen und für die eigenen Zwecke zu nutzen – als aktuelles Beispiel gilt dafür der Messengerdienst Telegram.

Deswegen gibt es auch eine dunkle Seite auf Instagram. Eine Welt, in der es heißt, dass es großartig sei, eine weiße Hautfarbe zu haben, und dass weiße Menschen sich nicht mit anderen vermischen sollten. Instagram bietet deswegen auch den Nährboden für diejenigen, die glauben, Deutschland und Europa würden von ausländischen Invasoren überrannt. Ge- >>

schichtrevision und Verherrlichung der NS-Zeit sind dort ebenfalls gängig.

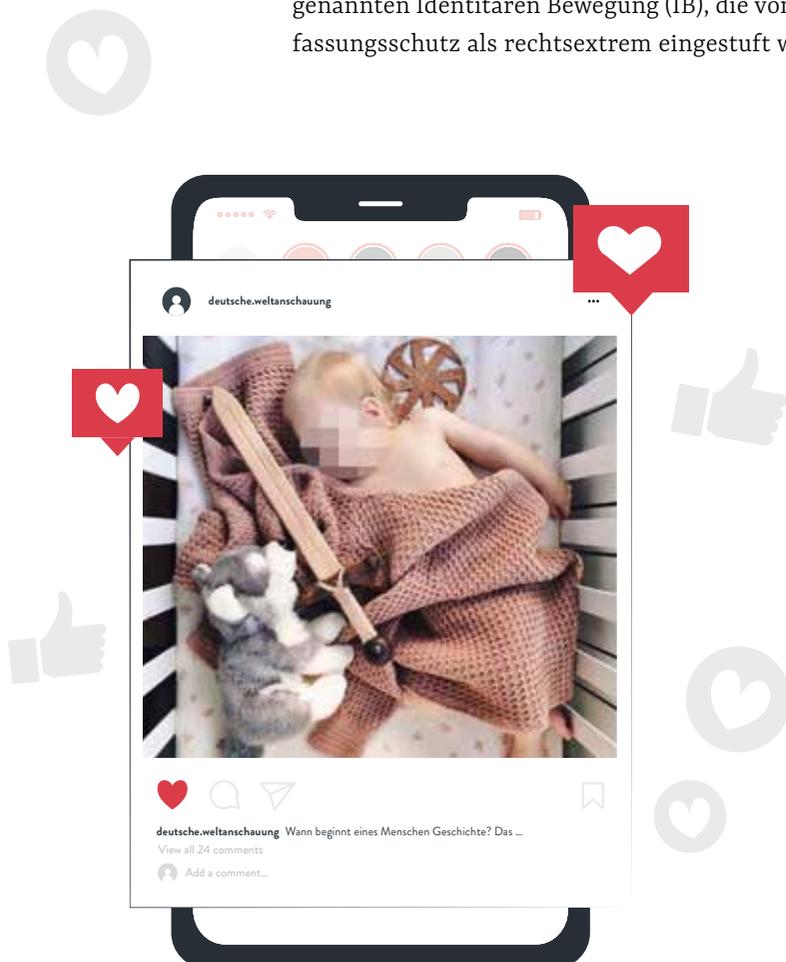
Die führenden Köpfe der rechten und rechtsextremen Bewegungen im deutschsprachigen Raum kennen und verstehen die Dynamik der Plattform sehr gut. Durch geschickte Tarnung sind sie in der Lage, offenkundige Schwachstellen des Instagram-Algorithmus für ihre eigenen Zwecke auszunutzen und die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, um radikale Inhalte zu streuen und Jugendliche an sich zu binden. Das sind die zentralen Ergebnisse der #KeinFilterFürRechts-Recherche des gemeinnützigen Recherchezentrums CORRECTIV aus dem vergangenen Jahr.

Das Instagram-Netzwerk, das die Journalist*innen unter die Lupe nahm, umfasste mehr als 4.500 Accounts – darunter Führungskräfte und Verbände der AfD, Vorfeldorganisationen wie die Junge Alternative (JA) und ehemalige Mitglieder der sogenannten Identitären Bewegung (IB), die vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wurde.

Modern, hip und unschuldig

Gerade junge Rechtsextreme wollen offenbar mittels Instagram Rassismus und völkisches Denken modern und hip machen. Zusammen mit einflussreichen rechten Medienmacher*innen setzen sie die Themen, die von der AfD später in den politischen Diskurs eingebracht werden: Liebe zum Vaterland, Ablehnung der Rundfunkgebühren und der sogenannten Mainstream-Medien sowie Kritik an der Bundesregierung und teils komplette Leugnung der Corona-Pandemie. Über Instagram versuchen sie, bestimmte rechtspopulistische und rechtsextreme Inhalte anschlussfähig zu machen und damit den gesellschaftlichen Diskurs nach rechts zu verschieben. Ihr offenkundiges Ziel: die radikale Durchsetzung von „White Supremacy“ und die Errichtung eines autoritären oder totalitären Staats, in dem Minderheiten keine Rechte mehr eingeräumt werden.

Dafür machen sie sich die Wirkweise der Plattform Instagram zunutze. Ein Post begleitete das Rechercheteam dabei über Monate: Es zeigt ein schla-



Rechtsextreme beherrschen die für Instagram typische Inszenierung oft perfekt. Ein friedlich schlafendes Baby – daneben die Schwarze Sonne, Symbol der Neonazis.

Screenshot und Verpixeln: CORRECTIV

fendes blondes Baby in einer Wiege, umgeben von einer Decke, einem kleinem Plüschwolf und einem hölzernen Spielzeugschwert. Das warme Licht trägt zur Inszenierung bei. Das Baby soll die pure Unschuld verkörpern.

Es sei ein Kämpfer, wie ein Nutzer unter das Bild schreibt. In einigen Jahren werde es bereit für die „Frühlingsangriffe“ sein. Erst dann fällt auf: Unter dem Kopf des Babys ist ein hölzernes Dekorationsstück platziert, es stellt eine Schwarze Sonne (Sonnenrad) dar – eines der bekanntesten rechtsextremen Erkennungssymbole der Neuzeit, das aus mehreren übereinanderliegenden Hakenkreuzen besteht. Ein Kleinkind neben einem Neonazi-Motiv: Das ist sie, die dunkle Seite von Instagram.

Die Ideologie kommt durch die Hintertür

Die Vermittlung von rechten bis rechtsextremen Inhalten geschieht auf Instagram meist auf subtile Art und Weise. Ähnliches gilt auch für die zahlreichen Accounts von jungen Frauen, die in dem Netzwerk an verschiedenen Stellen auftauchen und denen viele Aktivisten folgen. „Es ist den Rechten schon lange bewusst, dass Frauen friedliebender wirken“, erklärt Karin Degen, die an der Universität Bamberg zu Gender und Sexualität in Social-Media-Diskursen der extremen Rechten promoviert. Frauen würden immer dort gezielt „vorgeschickt“, wo es gelte, die „Ideologie durch die Hintertür“ einzuführen. Sie alle vermitteln traditionelle Rollenbilder, die eine bestimmte Welt-sicht transportieren: Alles, was nicht deutsch, weiß oder christlich ist, stellt eine Gefahr dar.

Eine Aussteigerin erklärt dem Recherche-Team, dass ein Feindbild „den Leuten immer tröpfelnd“ eingeflößt werde. Sie betont auch die Bedeutung von Instagram für die Szene, weil die Plattform dabei helfe, das Netzwerk stabil zu halten und zu füttern. Andere Meinungen kämen dort nicht hinein, alle bekämen immer mehr vom selben zu sehen. Genau so funktioniert der Algorithmus sozialer Netzwerke und spielt den Rechten damit in die Karten.

Über verschiedenste Themen sollen Jugendliche auf die eigenen Inhalte aufmerksam gemacht werden, denen die rechtsextreme Stoßrichtung nicht immer auf den ersten Blick anzusehen ist. Die Subkulturen Kampfsport und Musik, für die sich besonders junge

Männer interessieren, sind dafür passende Beispiele. Über den allgemeinen Trend der Gesundheitsverbesserung, die sich durch Fitnessstudiobesuche und gestählte Muskulatur auszeichnet, möchte die rechte Szene junge Männer zur Wehrhaftigkeit animieren und sie durch die Vermittlung von Kampfsporttechniken für den Straßenkampf fit machen.

Von der App ins reale Leben

Offenbar hilft Instagram auch dabei, den eigenen Nachwuchs zu rekrutieren: Ein Landesverband der JA gewann die Hälfte seiner Neumitglieder im vergangenen Jahr über Instagram. Das gilt in ähnlicher Form auch für die IB. Besonders innerhalb der Story-Funktion wird versucht, junge Menschen zu Treffen im realen Leben zu bewegen. Dort werde dann die „Ideologie überprüft“, berichtet die Aussteigerin, die selbst früher als Influencerin der IB aktiv war.

Zynische Sprüche über eine angebliche Islamisierung, Screenshots von Artikeln aus der rechten Medienszene und Einladungen zu Veranstaltungen rechtsextremer Bewegungen: Es ist eine Art von rechter Dauerbeschallung innerhalb dieses rechten Netzwerks auf Instagram, die bei den Nutzer*innen in erster Linie Ängste und Wut, also negative Emotionen, wecken soll – damit sie selbst aktiv werden. //

Arne Steinberg

ausgebildeter Gymnasiallehrer und
Journalist bei der ARD-Dopingredaktion

+++

**CORRECTIV: alle Ergebnisse der
Recherche Kein Filter für Rechts
gew-nrw.tiny.us/correctiv-rechts**

Druck rausnehmen und ermutigen



Foto: Tina Niedecken

Kinder und Jugendliche waren während der Corona-Pandemie durch Schulschließungen und Kontaktverbote besonders belastet. Ängste und Unsicherheiten werden auch im Schuljahr 2021/2022 weiterhin spürbar sein. Wie Lehrer*innen in dieser Situation gut unterstützen können, erklärt die Psychologin Elisabeth Raffauf.

Wie haben Kinder und Jugendliche das Schuljahr 2020/2021 erlebt? Wie sind sie mit Distanz- und Wechselunterricht und fehlendem Kontakt zu Freund*innen umgegangen?

Elisabeth Raffauf: Das ist sehr unterschiedlich. Einige Kinder und Jugendliche sind kreativer und selbstständiger, andere eher ängstlicher und unsicherer geworden. Das hat viel mit der Umgebung und dem Erleben der Kinder und Jugendlichen zu tun – und natürlich mit Veranlagung. Corona hat uns zunächst alle ohnmächtig und hilflos gemacht. Auch die Kinder blieben mit dem Gefühl zurück: „Ich kann nichts machen. Meine Säulen Eltern und Schule wackeln. Alle sind überfordert und Kontakte brechen ab.“ Die Kinder und Jugendlichen hatten oft das Gefühl, dass sie aus dem Blick geraten, weil die Erwachsenen so mit sich selbst beschäftigt waren.

ELISABETH RAFFAUF

ist Psychologin, schreibt Fachbücher und arbeitet für Rundfunk, Fernsehen und Printmedien.

Ich war gemeinsam mit einer Abiturientin in einer Sendung und die erzählte: „Wir bekommen Arbeitsblätter zugeteilt und danach fragt keiner mehr, ob wir das verstanden haben, sondern drei Tage später gibt es neue Arbeitsblätter.“ Lehrer*innen erlebten während des Distanzunterrichts, dass Kinder und Jugendliche vielleicht den Computer angemacht, sich danach aber wieder ins Bett gelegt haben. Im Präsenzunterricht in der Schule müssen sich Kinder und Jugendliche nur umschauen und bemerken sofort die Fragezeichen in den Gesichtern der Mitschüler*innen. Online fehlt die eindeutige Ansprache und somit auch die Möglichkeit, Rückfragen zu stellen, sollte etwas unverständlich sein. Das führt dazu, dass Kinder und Jugendliche denken: „Ich habe es nicht verstanden, die anderen sind schon weiter, ich bin raus.“

Welche gesundheitlichen Folgen beobachten Sie bei Kindern und Jugendlichen nach über einem Jahr Corona?

Elisabeth Raffauf: Jedes dritte Kind klagt über Traurigkeit und Hilflosigkeit, hat Schlaf- und Konzentrationsstörungen, Kopfschmerzen und Ängste. Das belegt auch die COPSY-Studie, die Forschende des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf durchgeführt haben. Vor der Pandemie war jedes fünfte Kind betroffen. Es treten wieder vermehrt Essstörungen auf, und ich habe junge Mäd-

chen erlebt, die angefangen haben sich zu ritzen. Viele Kinder und Jugendliche mussten ihre Wünsche zurückstecken, ihren Bewegungsradius und Treffen mit Freund*innen massiv einschränken. In meiner Praxis habe ich oft erlebt, dass sie große Angst um ihre Freundschaften haben, weil die zarten Bande oft noch sehr brüchig sind. Nicht zu wissen, ob die anderen noch da sind, wenn das vorbei ist und wann ich meine Freund*innen wieder live sehen kann, das sorgt für große Unsicherheit.

Nach den Sommerferien startet der Präsenzunterricht erneut. Viele Kinder und Jugendliche zeigen vermutlich noch Belastungen und Unsicherheiten. Wie können Lehrer*innen unterstützende Bezugspersonen sein?

Elisabeth Raffauf: Viele der Lehrer*innen waren während des Ausnahme-schuljahrs selbst sehr belastet und sind unterschiedlich damit umgegangen. Manche haben sich verkrochen, andere beantworteten 150 E-Mails am Tag, um „ihre Kinder“ im Blick zu behalten. Ich denke, dass Lehrer*innen zuerst einmal schauen sollten, dass es ihnen selbst gut geht. Stichwort: Selbstfürsorge! Sitzt man im Flugzeug und die Masken fallen runter, setzt man sich ja auch zuerst selbst die Maske auf und hilft danach dem Kind neben sich. Aber auch der offene Austausch mit Kolleg*innen ist wichtig, um sich zu reflektieren und um

+++
**Mehr über Elisabeth Raffauf
und ihre Arbeit**
elisabethraffauf.de
**Corona und Psyche (COPSY)-Studie
des Universitätsklinikums
Hamburg-Eppendorf**
gew-nrw.tiny.us/copsy

>>

„Viele der Lehrer*innen waren während des Ausnahmeschuljahrs selbst sehr belastet und sind unterschiedlich damit umgegangen.“

Unterstützung beispielsweise von Schulpsycholog*innen, Sozialarbeiter*innen sowie externen Beratungsstellen erfragen zu können.

Wie kann die Unterstützung für Kinder und Jugendliche konkret aussehen?

Elisabeth Raffauf: Lehrer*innen sollten nicht von sich erwarten, auf alles eine Antwort haben zu müssen, sondern zunächst zuhören und Fragen stellen: Wo steht ihr gerade? Was habt ihr erlebt und was braucht ihr? Vielleicht sammeln Lehrer*innen und Schüler*innen zunächst in kleineren Gruppen Eindrücke und schauen im nächsten Schritt, wo Bedarf und Raum für Aufarbeitung ist. Dabei werden Lehrer*innen wahrscheinlich feststellen, dass die Kinder an ganz unterschiedlichen Stellen stehen, nicht nur schulisch. Manche haben gut lernen können und andere überhaupt nicht. Lehrkräfte stehen vor der Aufgabe, alles wieder zusammenfassen zu müssen, das Pensum zu entschlacken und den Druck rauszunehmen. Am wichtigsten ist jedoch die Bildung eines Gemeinschaftsgefühls, bei dem auf jede*n geachtet wird. Auf diesen persönlichen Bezug sollten sich Lehrer*innen jetzt konzentrieren.

Was können Kinder und Jugendliche aus dieser Krise für die Zukunft mitnehmen?

Elisabeth Raffauf: Sie haben eine Krise erlebt und erfahren, dass man durch diese schwere Zeit durchkommen kann. Kinder und Jugendliche erzählen, dass sie selbstständiger geworden sind, fitter im Digitalen, manche haben kochen gelernt oder einen ganz anderen Kontakt zur Oma entwickelt. Kinder sind ja erst einmal bereit, Lösungen für Probleme zu finden. Studien zeigen, dass sich 83 Prozent der Kinder an die Corona-Regeln gehalten und sich massiv zurückgenommen haben. Das alles haben sie für andere Menschen getan.

Mit einem Aufholprogramm von 430 Millionen Euro will das Land NRW zuvorderst schulische Defizite aufholen lassen. Erste Angebote haben in den Ferien stattgefunden und sollen im neuen Schuljahr weitergeführt werden. Welche Signale sendet diese Leistungsaufholjagd und welche Verantwortung trägt die Politik?

Elisabeth Raffauf: Es muss allen klar sein, dass die Kinder nicht auf die Schnelle alles aufholen können und dann auf dem Stand sind, auf dem es der Lehrplan

vorsieht. Das funktioniert aus meiner Sicht so nicht. Die Kinder werden Zeit brauchen und sie werden unterschiedlich viel Zeit brauchen. Sie sind keine Maschinen, in die man etwas eintrichtern kann, und dann ist es da. Die Lehrer*innen sind jetzt natürlich in der Not, wieder ein gemeinsames Level herstellen zu müssen. Das ist ein Widerspruch, den man sich anschauen muss. Aber: Grundsätzlich müssen wir den Druck rausnehmen! Neben den schulischen Angeboten bietet das Programm auch Entlastungs- und Freizeitmöglichkeiten. Das sehe ich positiv.

In einem vom Bundesfamilienministerium initiierten Gremium sind Kinder und Jugendliche zu unterschiedlichen Themen befragt worden. Dabei wurde klar, dass sie nicht nur als Schüler*innen gesehen werden wollen, sondern auch als Menschen, weil ihnen neben der Schule noch andere Interessen und Lebensbereiche wichtig sind. Fundamental fände ich einen echten Austausch zwischen Politik, Lehrer*innen und Schüler*innen. //

Die Fragen stellte Roma Hering.

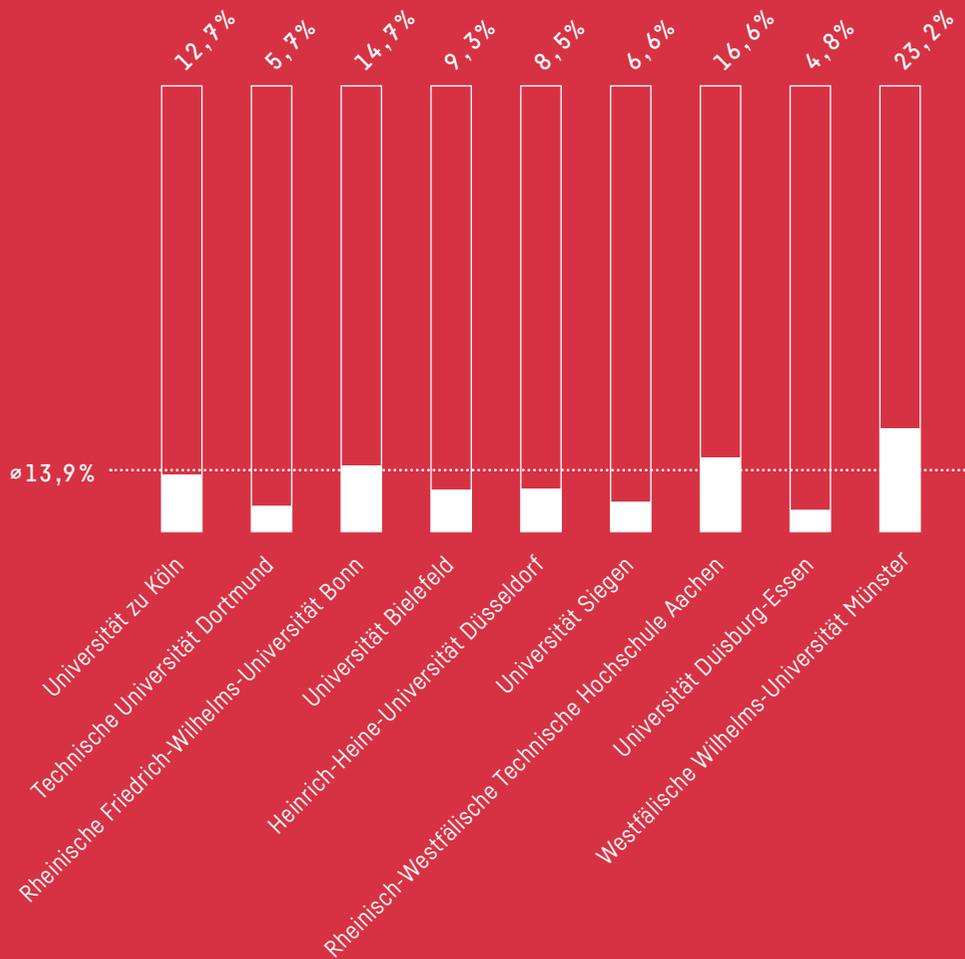
freie Journalistin

ZUSAMMENHALTEN

Arbeitsplatz und Solidarität

Studierende beteiligen sich kaum an den Wahlen zu Uni-Parlamenten

Wahlbeteiligung im Jahr 2019 (Auswahl)



Quelle: CORRECTIV, Rangliste: Wahlbeteiligung an deutschen Universitäten 2019, gew-nrw.tiny.us/studis-wahlbeteiligung

Es ist kompliziert

Trotz zahlreicher Beteiligungsmöglichkeiten an Hochschulen beobachten Expert*innen Entdemokratisierungsprozesse. Zwei von vielen Gründen lauten: Studierende haben kaum Zeit, sich einzubringen, und bei den Beschäftigten sind die Professor*innen fast immer in der Mehrheit.

Das auf der Website der Universität zu Köln abgebildete Organigramm der Entscheidungsstrukturen ist ein komplexes Schaubild. Es gibt darin die zentralen Leitungsgremien wie Rektorat, Hochschulrat und Senat. Daneben existieren der Wissenschaftliche Beirat, Senats- und Rektoratskommissionen sowie die Hochschul- und die Fakultätenkonferenz. Studierende können sich im Studierendenparlament (StuPa), im Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) und dessen Referaten, in Fachschaften oder Arbeitsgruppen engagieren.

Wer mitbestimmen will, muss sich reinfuchsen

Demokratische Strukturen gibt es also zuhauf. Die Möglichkeiten der Mitbestimmung und Beteiligung werden derweil wenig genutzt – sowohl von Studierenden als auch von Beschäftigten. Dafür gibt es viele Gründe: Sie reichen von Unkenntnis und fehlendem Überblick über ungleiche Machtverhältnisse zwischen Professor*innen und den weiteren Angehörigen der Hochschule bis zu einem Kultur- und Wertewandel im Wissenschaftsbetrieb.

Zunächst einmal gilt wohl: Es ist tatsächlich kompliziert. „In den Gremien, in denen Studierende und Professor*innen zusammensitzen und alle Statusgruppen vertreten sind, versteht jemand aus einem unteren Semester erst mal wenig“, sagt Stefan Brackertz aus dem Leitungsteam des Landesausschusses

der Studierenden (LASS) der GEW NRW. Wer mitarbeiten will, muss sich reinfuchsen, und das kostet Zeit: „Nur wo es auch engagierte Langzeitstudierende gibt, die Kontinuität herstellen können, klappt die studentische Beteiligung.“

Einfacher ist eine Mitarbeit in den Fachschaften, wo es unter anderem um die Selbstorganisation, aber auch um Meinungsbildung geht. Dort bringen sich Stefan Brackertz zufolge die meisten Studierenden ein. Im StuPa oder im AStA, der Regierung der Studierenden, werden es dann schon deutlich weniger.

Das mangelnde Interesse fängt bereits bei der Wahlbeteiligung für die Uni-Parlamente an. Das Recherchezentrum CORRECTIV bilanzierte 2020 nach einer bundesweiten Untersuchung: Nur rund 15 Prozent der Studierenden stimmen ab. Wer sein Studium mit Nebenjobs finanzieren und in Regelstudienzeit durchlaufen müsse, habe keine Zeit, sich mit Hochschulpolitik auseinanderzusetzen – geschweige denn, sich aktiv einzubringen. Für das einem Vollzeitjob ähnliche Ehrenamt gebe es zudem maximal eine Aufwandsentschädigung.

Professor*innen sind immer in der Mehrheit

Darüber hinaus treffen StuPa und AStA zwar wichtige Entscheidungen, etwa zum Semesterticket, aber sie bestimmen nicht mit, wie die Hochschule funktioniert. Das geschieht in

den zentralen Leitungsorganen. Und dort mangelt es an Gleichberechtigung. „Es gibt zwar eine Menge Gremien, aber diese sind stark auf Professor*innen fokussiert. Die anderen Statusgruppen wie akademische Mitarbeiter*innen, Beschäftigte aus Verwaltung und Technik sowie Student*innen fallen etwas herunter“, sagt Susanne Achterberg aus der Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW NRW.

„Dort, wo wichtige Abstimmungsprozesse laufen, sind die Professor*innen immer in der Mehrheit“, betont die Vorsitzende des Personalrats der wissenschaftlich und künstlerisch Beschäftigten an der Bergischen Universität Wuppertal. Mit dieser Mehrheit könne viel verhindert werden – zum Beispiel sei an ihrer Hochschule so eine bessere Eingruppierung der Sekretär*innen abgelehnt worden. Die GEW NRW fordert daher eine paritätische Besetzung der Gremien.

Beschäftigte wünschten sich außerdem mehr Einfluss, wenn es darum gehe, wohin Gelder gelenkt und welche Professor*innen mit welchen Kompetenzen eingestellt würden, sagt Susanne Achterberg. An der Uni Köln hätten die Studierenden nach Angaben von Stefan Brackertz gern mehr Mitsprache bei der

Gestaltung der Studiengänge sowie der Hochschule als kulturellem und politischem Ort.

Die Einschränkung echter Partizipation läuft nach Einschätzung von Susanne Achterberg auch subtil ab. Bei Abstimmungen im Senat herrsche zum Beispiel häufig eine Atmosphäre, in der sich niemand traue, nachzufragen. So werde oft über Sachen entschieden, die nicht alle bis ins Detail verstanden hätten. Auch komme es vor, dass Sitzungsvorlagen nicht rechtzeitig verteilt würden, um sich vorzubereiten. Das verhindere tiefer gehende Reflexionen und Auseinandersetzungen. „So werden an sich demokratische Strukturen entdemokratisiert.“

Zunehmende Ökonomisierung der Hochschule

Die Personalrätin beobachtet darüber hinaus: „Das Selbstverständnis und der Wertekanon haben sich gewandelt.“ Mit der zunehmenden Ökonomisierung der Hochschulen in den vergangenen Jahren werde Demokratie dort weniger stark gelehrt, gelernt und gelebt. „Statt Wissen und Wissensfortschritt im demokratischen Raum zu produzieren, geht es jetzt darum, Drittmittel einzuwerben und Abschlüsse zu

>>





+++

Entscheidungsstrukturen an der Universität zu Köln

gew-nrw.tiny.us/koeln-organigramm

**CORRECTIV-Recherche Uni-
Demokratie: Studierende wählen kaum**
gew-nrw.tiny.us/studis-wahlbeteiligung

FAZ-Beitrag Ein Fest der Demokratie
gew-nrw.tiny.us/faz-uni-demokratie

produzieren.“ Die GEW kritisiert dies seit Jahren und fordert eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen. Ähnlich kommentierte auch der Autor eines FAZ-Artikels 2020: „Mit der Exzellenzinitiative hat sich seit der Jahrhundertwende das Leitbild einer top-down gemanagten Universität durchgesetzt, deren Legitimation implizit darauf beruht, die Prinzipien der Exzellenz und der Partizipation gegeneinander auszuspielen.“

Für Susanne Achterberg begann das, was sie einen Entdemokratisierungsprozess nennt, mit der Berufung der Hochschulräte als höchstem Gremium über Rektor*in und Kanzler*in. „Das ist ein elitäres Klübchen. Normale Mittelbau-Menschen, Mitarbeiter*innen aus Verwaltung und Technik oder Studierende kommen dort nicht hin.“

Neue Diskussionskultur gefordert

Ungeachtet aller Kritik betont Stefan Brackertz, der an der Universität zu Köln im Fach Physik promoviert, aber auch: „Die demokratischen Strukturen sind von Hochschule zu Hochschule unterschiedlich, und wie sehr Hochschuldemokratie gelebt wird, hängt innerhalb jeder Hochschule sehr vom Fachbereich ab.“ Der GEWler, der in der Fachschaft Physik, im StuPa und in der Hochschulgruppe Wendepunkt aktiv ist, lobt beispielsweise, in seinem Fachbereich würden Studierende umfassend in die Fachbereichsgremien einbezogen.

Ein weiteres Positivbeispiel: Jahrelang hätten Kölner Studierende intensiv über das Thema Inklusion im Lehramtsstudium diskutiert und schließlich eine eigene Fachschaft Integration/Inklusion gegründet. Das Engagement sei so überzeugend gewesen, dass die Hochschule nicht nur die Studienordnungen überarbeitet, sondern sogar eine eigene inklusive Modellschule gegründet habe. „Das alles hat sich getan, ohne dass die Studierenden im Senat eine Entscheidung herbeigeführt hatten.“

Stefan Brackertz wirbt daher für mehr Engagement auch abseits der offiziellen Gremien. „Konkrete Pilotprojekte zu etablieren, hat eine unheimlich große Bedeutung.“ Aus diesen könnten dann strukturelle Änderungen erwachsen. Pilotprojekte entstünden allerdings von unten – etwa, wenn nach der Vorlesung im Foyer noch diskutiert werde. Dafür fehlten aber oft Zeit und Raum. „Es gibt kaum noch die Kultur, sich abends um 20 Uhr bei einem Glas Wein zu treffen und bis Mitternacht oder länger zu debattieren“, sagt er und fordert: „Es braucht ein Revival dieser Kultur. Neue Ideen entstehen nicht in einer getakteten Sitzung mit 20 Tagesordnungspunkten.“ //

Nadine Emmerich
freie Journalistin

Ich freue mich auf meine Aufgaben



AYLA ÇELİK

ist seit Mai 2021
Landesvorsitzende
der GEW NRW.

»

Seit Juni dieses Jahres ist Ayla Çelik an der Spitze der GEW NRW – gewählt bis zum Gewerkschaftstag im Mai 2022. Bis dahin stehen mit Bundes- und Landtagswahl sowie einer Tarifrunde Großereignisse an, die entscheidenden Einfluss auf den Bildungsbereich haben. Im Interview sprachen wir mit unserer Landesvorsitzenden über Herausforderungen und ihre neue Rolle.

Ende Juni bist du zur neuen Landesvorsitzenden der GEW NRW gewählt worden – herzlichen Glückwunsch! Was bedeutet es dir persönlich, den Landesverband anzuführen?

Ayla Çelik: Erst 2019 bin ich zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden. Hätte man mir damals prophezeit, noch in meiner laufenden ersten Wahlperiode zur Vorsitzenden der GEW NRW gewählt zu werden, hätte ich das als realitätsfern abgetan. Nun noch mehr Verantwortung zu tragen, ist für mich eine große Ehre und gleichzeitig Ansporn. Die Vielzahl der Tätigkeiten und die Erwartungen, die an die Vorsitzende gestellt werden, sind mir bewusst. Sie motivieren mich und ich freue mich auf die neue Aufgabe.

Was steht auf deiner To-do-Liste derzeit ganz oben?

Ayla Çelik: Ich übernehme das neue Amt in einer spannenden Zeit, in der wir uns Herausforderungen stellen müssen, die wir uns vor Corona nicht vorstellen konnten. Unser privater wie beruflicher Alltag wird noch länger von der Pandemie beeinflusst sein. Für pandemiesichere Bedingungen in den Bildungseinrich-

tungen einzutreten, ist zentraler Auftrag für uns als Bildungsgewerkschaft. Wir werden weiterhin von der Politik fordern, den Gesundheitsschutz an die erste Stelle zu setzen. Derzeit sieht es leider so aus, dass das im kommenden Kita- und Schuljahr beziehungsweise im Wintersemester nicht so sein wird. Wenn die Politik größtmögliche Normalität als Ziel definiert, macht mich das misstrauisch.

Wichtig wird sein, dass wir dennoch auch auf die Zeit nach der Pandemie schauen und auch schon während der Pandemie an anderen Stellen aktiv werden und Erfolge erzielen.

Was heißt das konkret? Bei welchen Themen oder in welchen Politikbereichen muss die GEW NRW aus deiner Sicht in nächster Zeit Akzente setzen?

Ayla Çelik: Wir haben im September zum einen die Bundestagswahl und im Mai 2022 die Landtagswahl vor uns. Zum anderen steht im Herbst dieses Jahres die Tarifrunde TV-L für die Beschäftigten der Länder an.

Mit den Wahlen besteht die Chance, die Weichen für den Bildungsbereich in Rich-

tung Verbesserungen zu stellen. Daran möchte ich entscheidend mitarbeiten. Sowohl in der Bundes- als auch in der Landespolitik kann es so nicht weitergehen. Von großer Bedeutung wird dabei sein, ob wir eine Trendwende bei der Bildungsfinanzierung erreichen können. Die Tarifrunde während der Pandemie wird schwer. Im vergangenen Jahr haben wir aber bei der Tarifrunde im öffentlichen Dienst (TVöD) gezeigt, es geht. Wir können uns durchsetzen und erfolgreich sein. Auch unter selbstverständlicher Einhaltung von A-H-A- und anderen Regeln können wir aktiv sein. Mehr Geld und strukturelle Verbesserungen für unsere tarifbeschäftigten Kolleg*innen sind unser Ziel. Natürlich sind das große Herausforderungen, aber Herausforderungen haben mich stets angespornt.

Welche bildungspolitischen Themen sind dir wichtig?

Ayla Çelik: Chancengleichheit herzustellen, muss bildungspolitische Leitlinie sein. Zum Beispiel brauchen wir mehr Schulen des längeren gemeinsamen Lernens, wir brauchen einen schulscharfen Sozialindex, der mit zusätzlichen Stellen gut ausgestaltet ist. Aber Chancengleichheit gilt nicht nur für die Schulpolitik. So ist es beispielsweise selbstverständlich, dass nur Kitas mit deutlich mehr Personal ihrem Auftrag gerecht werden können. 2019 bin ich für die Verbesserung der flächendeckend unzureichenden, belastenden Arbeitsbedingungen in unseren Bildungseinrichtungen eingetreten. Dieser Zustand muss sich immer noch ändern! Den Beschäftigten muss mehr Zeit und Raum geboten werden, damit Kinder und Jugendliche bestmöglich gefordert und gefördert werden können. Zugleich sollen die Beschäftigten ihren Beruf als sinnstiftend und sich selbst

als wertgeschätzt erleben. Sie wollen nicht länger primär Verwalter*innen von Missmanagement und Missständen sein – nach zwei Pandemie-Schuljahren erst recht nicht mehr.

Zum Schluss: Gewerkschaften schauen stets über den Tellerrand. Was ist dir außerdem wichtig?

Ayla Çelik: Unsere Mitglieder arbeiten im Bildungsbereich. Daher kommt uns die besondere Aufgabe zu, den Destabilisierungstendenzen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken, indem wir Kinder und Jugendliche zu aufgeklärten, kritisch denkenden Menschen erziehen, die populistischen Hetzer*innen nicht auf den Leim gehen. Die beste Medizin gegen Hass und Hetze ist die reflektierte Demokratie. Gegen rechts wird die GEW NRW stets auch im Wahljahr erkennbar und laut sein. Versprochen! //

Die Fragen stellte Vanessa Glaschke.

Redakteurin in der lautstark.-Redaktion

**FORDERUNGEN DER GEW NRW FÜR
DAS SCHULJAHR 2021/2022**

<p>Die GEW NRW fordert ein Sofortprogramm <i>Bildung in der Pandemie</i>, um die Schulen auf das neue Corona-Schuljahr vorzubereiten. Vier Maßnahmen sind dabei entscheidend:</p> <p>→ Infektionsschutz durch flächendeckend ergänzend einzusetzende Luftfilter erhöhen sowie durch Ausweitung mo-</p>	<p>biler Impfteams an Schulen</p> <p>→ Pandemiefolgen auffangen durch eine langfristige Perspektive über 2021 hinaus</p> <p>→ Schulen personell unterstützen und den chronischen Lehrkräftemangel beheben</p> <p>→ Digitalisierung vorantreiben</p> <p>Sofortprogramm <i>Bildung in der Pandemie</i> gew-nrw.tiny.us/sofortprogramm</p>
---	--



+++

Ausführliche Umfrageergebnisse
gew-nrw.tiny.us/kita-mitgliederumfrage

Ergebnis mit Signalwirkung

Die Beschäftigten in den Kindertagesstätten in NRW sind enttäuscht von der Landesregierung und ihrem Handeln in der Pandemie. Das zeigt eine repräsentative Umfrage unter 700 Mitgliedern der GEW NRW.

86 %

fühlen sich von der Landesregierung
nicht genug wertgeschätzt.

72 %

fanden zugesagte Maßnahmen
nicht verlässlich.

73 %

konnten ihrem Bildungsauftrag
nicht nachkommen.

84 %

haben die Arbeit unter Corona als
deutliche Belastung erfahren.

Vier Gründe, aus denen es sich zu kämpfen lohnt

Wenn im Herbst 2021 die Verhandlungen für die Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) starten, könnte es ungemütlich werden. Daniel Merbitz, Verhandlungsführer der GEW, sieht die schwierigste Tarifrunde der vergangenen 20 Jahre auf die Gewerkschaften zukommen. Wofür lohnt es sich, dennoch und gerade jetzt zu kämpfen?



Foto: Das magische Auge

MARION VITTINGHOFF

aus Mönchengladbach ist Schulsozialarbeiterin und Fachberaterin für Schulsozialarbeit, Mitglied im Bezirkspersonalrat der Bezirksregierung Düsseldorf und im Hauptpersonalrat der Hauptschulen.

Ich fordere mehr Geld

für die sozialen Berufe im TV-L, weil unsere Kolleg*innen Wertschätzung verdienen, die sich auch finanziell zeigen muss. Beim Land gibt es in einigen Bereichen kaum bis sogar gar kein Angebot für Entwicklungs- und Beförderungsmöglichkeiten, zum Beispiel für die sozialen Berufe im Schulbereich. Das bedeutet, dass eine Gehaltssteigerung dann nur noch durch einen guten Tarifabschluss möglich wird.

Die Stufe 6 muss wie bei den anderen Stufen auch ausgebaut werden, die Stufenlaufzeiten müssen wieder verkürzt werden und das Weihnachtsgeld muss von der Höhe her wieder so werden wie vorher und dann auch so bleiben.

Unsere Kolleg*innen in Kitas, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen leisten sehr gute Arbeit vor Ort, sie erledigen eine für die Gesamtgesellschaft wichtige Aufgabe. Sie sparen zum Beispiel viel Geld ein, indem sie Kinder und Jugendliche so fördern und unterstützen, dass sie ihren Weg in Ausbildungen und ins Berufsleben finden. //



ANETT VON GERNET

ist Lehrerin an einer Realschule in Hövelhof. Für die GEW NRW ist sie unter anderem im Personalrat Realschule für den Regierungsbezirk Detmold sowie in der JA13- Arbeitsgruppe aktiv.

Ich fordere die stufengleiche Höhergruppierung,

um der Gleichstellung zu den verbeamteten Kolleg*innen einen Schritt näherzukommen. Dass wir keine stufengleiche Höhergruppierung haben, erfahren die meisten erst, wenn sie von Entgeltgruppe (EG) 11 nach 13 kommen.

Seit über zehn Jahren bin ich in der letzten Erfahrungsstufe in EG 11 eingruppiert. Bietet sich mir nun die Möglichkeit einer A13-/EG13-Stelle, würde ich denken: „Toll, bewerben!“, und verstünde die gut gemeinten Ratschläge von tarifbeschäftigten Kolleg*innen nicht, dass sich das nicht wirklich lohne. Ich schaue genauer hin: Der Sprung von EG11 auf EG13 hätte bei einer stufengleichen Höhergruppierung einen Mehrwert von 640,18 Euro. Na, das lohnt sich doch. Aber: Wir haben ja keine stufengleiche Höhergruppierung. Deshalb bleibt mir nur ein Mehrwert von 469,12 Euro. Zudem erhalte ich in EG13 nur 46,3 Prozent Jahressonderzahlung, anstatt 74,08 Prozent in EG11.

Gleiches Recht für alle Lehrer*innen? Nein, auch nach Jahrzehnten der formalen Gleichstellung sind wir meilenweit davon entfernt. Deshalb: Stufengleiche Höhergruppierung, jetzt! //

Ich fordere die „volle 6“

Bei der letzten Tarifrunde haben wir endlich den Einstieg in eine neue Entgeltstufe 6 für Angestellte in den höheren Entgeltgruppen erkämpft. Jetzt brauchen wir die „volle 6“, nicht nur den Einstieg in die Stufe 6!

Ich habe mal grob gerechnet: Das durchschnittliche Mehr an Prozenten von Stufe zu Stufe beträgt ungefähr 9 Prozent. Von der fünften zur sechsten Stufe sind es aber nur ungefähr 3 Prozent. Da fehlt noch einiges!

Die „volle 6“ kommt voll bei uns Angestellten an. Darum ist sie gerade für langjährig Tarifbeschäftigte besonders wichtig.

Die „volle 6“ werden die Arbeitgeber nicht verschenken, wir werden sie auch diesmal wieder erkämpfen müssen – und zwar trotz aller Widrigkeiten von Wetter und Wind über die Weigerung der Arbeitgeber bis hin zu Corona.

Also, Kolleg*innen: Bereitmachen für einen heißen Herbst! //



MARTIN ROTH

ist Lehrer für Sonderpädagogik an einer Förderschule in Dortmund und seit vielen Jahren in den Tarifikämpfen aktiv.



Foto: Alexander Schneider

ELISA KNITSCH

aus Siegen ist studentische Hilfskraft an der Uni Siegen und arbeitet im Hochschulinformationsbüro der GEW NRW.

Ich fordere den TV Stud,

weil wir als studentische Hilfskräfte den Betrieb Universität am Laufen halten. Aufgrund einer jahrelangen Politik der Ausgabenkürzung in Bildung und Wissenschaft wird bei uns am meisten gespart: Schlechte Bezahlung, befristete Verträge, Zukunftsangst, nicht realisierte Urlaubsansprüche, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Verweigerung betrieblicher Mitbestimmung vonseiten der Universitätsleitungen sind die Folge. Wir erhalten nicht mal diese arbeitsrechtlichen Mindeststandards!

Studierende müssen ihren Job an der Hochschule mit ihrem privaten und politischen Leben vereinbaren können. Deshalb müssen wir gemeinsam mit den Beschäftigten aus dem Mittelbau, der Verwaltung und Technik sowie mit solidarischen Professor*innen in den Gewerkschaften GEW und ver.di gegen die Unterfinanzierung der Hochschulen und für einen Tarifvertrag Stud kämpfen. Unser Motto lautet deshalb: Keine Ausnahme! //

BEAMT*INNEN SIND IN DER TARIFRUNDE AKTIV

Tarifrunden für die Beschäftigten der Länder sind für die GEW NRW immer Tarif- und Besoldungsrunden. Wir fordern stets die Übertragung der in der Tarifrunde erkämpften Entgelterhöhung auf die Beamt*innen. Das gilt auch im Herbst 2021. Die wirkungsgleiche Übertragung durchzusetzen war nie leicht. Die Entgelterhöhung wurde verschoben, eine Nullrunde für Beamt*innen in NRW wurde vor Jahren nur durch höchstrichterliche Entscheidung abgewendet.

Es gibt also gute Gründe, dass sich Beamt*innen aktiv in der Tarifrunde beteiligen. Am Arbeitsplatz informieren, keine Vertre-

tung streikender Kolleg*innen übernehmen und an Aktionen ohne Arbeitsniederlegung teilnehmen – es bieten sich zahlreiche Möglichkeiten solidarischer Unterstützung.

Im Herbst will die GEW NRW auch Verbesserungen für die Tarifbeschäftigten durchsetzen, die nicht auf Beamt*innen übertragen werden können (Ausbau der Stufe 6 oder stufengleiche Höhergruppierung). Das mindert die Entgelterhöhung. Das ist solidarisch in einer Tarif- und Besoldungsrunde. //

Michael Schulte

Geschäftsführer der GEW NRW

+++

Schwierigste TV-L-Tarifrunde der letzten 20 Jahre

gew-nrw.tiny.us/tarifkonferenz

Tarifrunde TV-L: GEW bereitet Arbeitskampf 2.0 vor

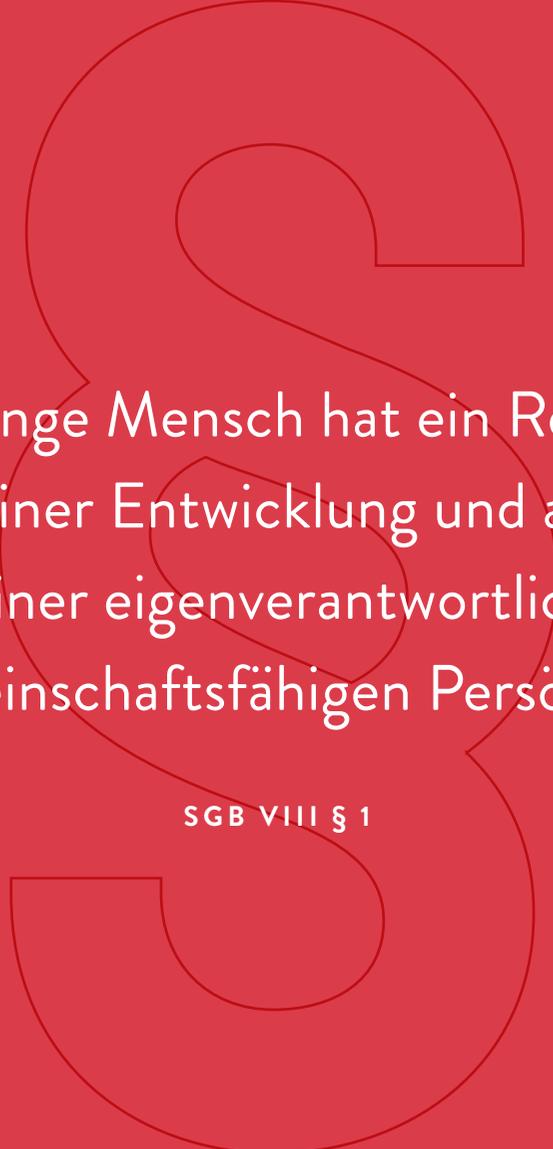
gew-nrw.tiny.us/arbeitskampf-2-0

GEW NRW beschließt Forderungen für die Tarifrunde TV-L 2021

gew-nrw.tiny.us/tarifforderungen-nrw

INSPIRIEREN

Ideen und Impulse



Jeder junge Mensch hat ein Recht auf
Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung
zu einer eigenverantwortlichen
und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.

SGB VIII § 1



Aktiv gegen Verschwörungsdenken

Die aktuelle Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben dem Thema Verschwörungsideologien Popularität verschafft. Was verbirgt sich hinter solchen Ideologien? Wie funktionieren sie und wie kann ihnen aktiv entgegengetreten werden? Mit diesen Fragen befasst sich das Modellprojekt *#Kopfeinschalten – Kritisch gegen Verschwörungsdenken*, das Schüler*innen sensibilisiert und den Einsatz für eine demokratische Gesellschaft fördert. >>

„Gegen das Gesellschaftsbild des Verschwörungsdenkens führen wir mit den Schüler*innen Übungen durch, die eine Reflexion über die Komplexität moderner Gesellschaften in Gang setzen.“

Christoph Hövel,

Bildungsreferent von #Kopfeinschalten

Aus der medialen Aufmerksamkeit kann schnell der Eindruck entstehen, wir hätten es mit einem enormen Anstieg des Verschwörungsdenkens zu tun. Die beiden Mitte-Studien aus Leipzig und Bielefeld, die seit Jahren die antidemokratische Einstellung der deutschen Bevölkerung untersuchen, zeigen jedoch, dass es im Laufe der Pandemie keinen nennenswerten Anstieg bei denjenigen gegeben hat, die an eine Verschwörungsideologie glauben. Was viele in der Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit Beschäftigte jedoch feststellen, ist eine Verschiebung der Themen aus ihrem Arbeitskontext in den privaten Bereich. Auch Teilnehmer*innen der Multiplikator*innen-Schulungen für Sozialarbeiter*innen und Ehrenamtliche in der Kinder- und Jugendarbeit in unserer Bildungseinrichtung Salvador-Allende-Haus, die das Modellprojekt betreut, berichten von solchen Erfahrungen. Plötzlich würden sie in der eigenen Familie oder bei Freund*innen mit antidemokratischen Einstellungen konfrontiert, die sie bislang professionell bearbeitet hatten. Mit dieser Grenzverschiebung kommt für viele Beschäftigte in der Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit eine weitere Belastung neben den ohnehin vielfältigen Schwierigkeiten während der Pandemie hinzu. Der Versuch, Menschen, die in Verschwörungen denken, von der Falschheit dieser Ideologien zu überzeugen, fühlt sich oft an wie der sprichwörtliche Kampf gegen Windmühlen. Gleichzeitig endet die Konfrontation mit selbst ernannten Corona-Skeptiker*innen nicht mit dem Feierabend.

Individuelle Erklärungen für gesellschaftliche Phänomene

Auf der gesellschaftlichen Ebene wirken Verschwörungsideologien als „Symptom und [...] Katalysator einer autoritären Tendenz in der Gesamtgesellschaft und des ‚kulturellen Klimas‘“, wie es in der Anfang 2020 erschienenen Ausgabe der Zeitschrift *psychosozial* zum Thema hieß. Sie drücken die Machtlosigkeit ihrer Vertreter*innen aus und befördern zugleich antidemokratische Tendenzen, indem sie eine rein individuelle Erklärung gesellschaftlicher Phänomene verbreiten. Werden reale oder eingebildete gesellschaftliche Probleme ursächlich auf das eigennützige oder böse Handeln beziehungsweise den moralisch verwerflichen Charakter einzelner Personen oder Gruppen zurückgeführt, befördert dies autoritäre Problemlösungen: Ein Wechsel beim Personal wird gefordert oder – wie bei den letzten rechtsterroristischen Anschlägen – direkte Gewalt gegen Menschen ausgeübt. Ursachen für Missstände oder das Empfinden bestimmter Missstände, die über das Handeln und die Intention Einzelner hinausgehen, geraten aus dem Blick und wirken unreflektiert fort.

Intransparente Machtstrukturen und Verschwörungsideologien: Wo liegt der Unterschied?

Für die Präventionsarbeit gegen Verschwörungsdenken mit Schüler*innen im Rahmen des Modellprojekts ist zunächst eine klare Haltung der Teamer*innen wesentlich. Dazu gehört auch ein deutliches Bewusstsein über die Abgrenzung intrans-

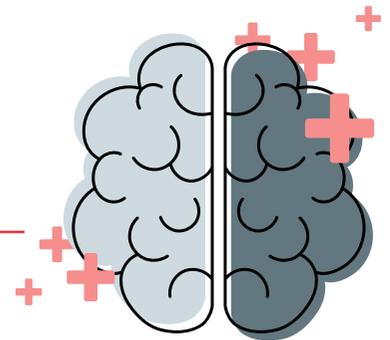
parenter gesellschaftlicher Machtstrukturen von Verschwörungsideologien. Oft wird die Unschärfe in der Unterscheidung genutzt, um solchen Ideologien Plausibilität zu bescheinigen. Verschwörungsdanken betrachtet die Welt jedoch im Sinne einer instrumentellen Logik. Demnach verfolgen Personen einen bösen Plan und wählen zu seiner Umsetzung die passenden Mittel; Zufall und unbeabsichtigte Konsequenzen existieren in dieser Weltvorstellung für die vermeintlichen Verschwörer*innen nicht. Beides sind aber wesentliche Bestandteile gesellschaftlicher Machtstrukturen, die von Verschwörungsideolog*innen nicht berücksichtigt werden.

Auch im Alltag und in kulturindustriellen Produkten – beispielsweise in Filmen wie *JFK - Tatort Dallas* oder *Da Vinci Code* – werden Verschwörungen im Sinne einer Verschwörungsideologie dargestellt, inklusive der Bilderwelten von in Hinterzimmern agierenden, moralisch verwerflichen Machtmenschen. Dadurch wird das Denken in Verschwörungen befördert. Dass dagegen geheime Absprachen stattfinden und die Öffentlichkeit nicht über alles informiert wird, ist eine triviale Erkenntnis und noch keine Verschwörungsideologie.

Geschlossenes Weltbild – ohne Zufall oder äußere Einflüsse

Schüler*innen unserer #Kopfeinschalten-Seminare lernen deshalb in einem ersten Schritt, die Funktionsweise von Verschwörungsideologien zu verstehen. Sie sollen sich bewusst werden, dass sich Verschwörungsgläubige Verschwörungen wie in einem Experiment vorstellen. Die unrealistischen Vorannahmen, die Ausschaltung allen Zufalls und aller nicht intendierten Folgen der Handlungen der imaginierten Verschwörer*innen führen letztlich zu einem geschlossenen Weltbild, das den Verschwörungsideolog*innen die Möglichkeit bietet, jede Ungereimtheit zu erklären. Entweder werden Hypothesen gebildet oder Widersprüche letztlich zu einer Tarnstrategie der angeblichen Verschwörer*innen umgedeutet.

Gegenüber solchem Umgang mit Fakten, die entweder aus fragwürdigen Quellen stammen oder aus ihrem Kontext herauspräpariert beziehungsweise stark umgedeutet werden, ist eine auf Faktizität zielende Diskussion wenig aussichtsreich – eine >>



MITMACHEN BEIM #KOPFEINSCHALTEN-SEMINAR

Das Modellprojekt #Kopfeinschalten – *Kritisch gegen Verschwörungsdanken* wird federführend von der Bildungseinrichtung Salvador-Allende-Haus durchgeführt. Es werden Seminare angeboten, die die Teilnehmenden über Verschwörungsideologien aufklären, ihre Kritikfähigkeit fördern sowie den Umgang innerhalb der Peergroup verändern sollen. Die Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren. Die Seminarinhalte sind dabei der jeweiligen Altersgruppe und dem Kenntnisstand der Jugendlichen angepasst. Nach Ablauf der Modellphase soll ein gut evaluiertes Konzept für Seminare zum Thema entwickelt worden sein. Die Seminarmethoden und das Konzept werden anschließend durch Schulungen und eine Publikation anderen Trägern der politischen Jugendbildung zur Verfügung gestellt und Teil des festen Angebots der Bildungsarbeit des Salvador-Allende-Hauses sein.

Aktuell werden noch Schulklassen gesucht, mit denen das Seminarkonzept durchgeführt werden kann. Das dreitägige Seminar, inklusive Übernachtung und Verpflegung, findet im Salvador-Allende-Haus in Oer-Erkenschwick statt. Pandemiebedingt können auch kürzere Angebote vor Ort in der Schule oder online realisiert werden.

Teilnehmen können Schulklassen und Jugendgruppen. Interessierte können per E-Mail an info@kopfein.de oder telefonisch unter 02368 6906-52 Kontakt aufnehmen; Ansprechpartner ist Christoph Hövel.

Das Modellprojekt wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!

Mehr Infos zum Projekt #Kopfeinschalten

kopfein.de

wichtige Erkenntnis für die Kommunikation mit Verschwörungsideolog*innen.

Schüler*innen lernen Umgang mit Fakten, Fake News und Komplexität

Im Seminar vermitteln wir den Schüler*innen deshalb insbesondere praktische Methoden und schulen ihren kritischen Blick. Anhand eines fiktiven Kriminalfalls lernen sie beispielsweise den Umgang mit Fakten. Diesen müssen die Schüler*innen mittels einer Auswahl von Informationen lösen, die sich jeweils aufeinander beziehen und einander jeweils in einem anderen Licht erscheinen lassen. Das Ziel ist, eine (selbst-)kritische Haltung gegenüber voreiligen Schlüssen aus gegebenen Tatsachen zu fördern. Die Schüler*innen sollen für einen kritischen Umgang mit Fakten sensibilisiert werden, anstatt offizielle Angaben grundsätzlich für falsch und alles, was dem widerspricht, grundsätzlich für wahr zu erachten.

Einen weiteren Baustein für den kritischen Umgang mit der Flut an „Fakten“ durch Verschwörungsideologien stellt die Unterscheidung zwischen Fake News, Gerüchten und Nachrichten dar. Statt eine grundsätzliche Neutralität etablierter Medien zu behaupten, besprechen wir mit den Schüler*innen die Unterschiede redaktionell aufbereiteter Nachrichten gegenüber Gerüchten und absichtlicher Falschinformation. Tipps zur Überprüfung von Informationen bieten den Schüler*innen das Handwerkszeug zur eigenen kritischen Recherche.

Gegen das Gesellschaftsbild des Verschwörungsdenkens führen wir mit den Schüler*innen Übungen durch, die eine Reflexion über die Komplexität moderner Gesellschaften in Gang setzen. Zum einen sprechen wir anhand von Zitaten oder Bildern über Naturvorstellungen, um deren gesellschaftliche Vermittlung zu thematisieren. Viele Verschwörungsideologien postulieren schließlich gegenüber der

vermeintlichen Verschwörung eine durch diese bedrohte „natürliche“ Ordnung. Dabei erweisen sich die Naturvorstellungen immer als – oft besonders rigide – gesellschaftliche Normvorstellungen. Zum anderen besprechen wir mit den Schüler*innen eine Geschichte aus verschiedenen Perspektiven, die jeweils von einer Kleingruppe gelesen werden. So kann gemeinsam diskutiert werden, dass sich gesellschaftliche Prozesse nie auf das Wollen Einzelner reduzieren lassen und deren Motive nicht aus den Ergebnissen ihrer Handlungen ableitbar sind.

#Kopfeinschalten soll Irritation in der Peergroup erzeugen

Für den pädagogischen Umgang mit Verschwörungsideologien gilt vor allem, keine hohen Erwartungen an eine mögliche Einstellungsänderung zu haben. Es existiert kein Mechanismus, mit dem das Verschwörungdenken aufgelöst werden kann. Durch die Arbeit mit Schulklassen und festen Jugendgruppen erhoffen wir uns, dass die in unserem Seminar geschulten Schüler*innen in den an Verschwörungsideologien glaubenden Peergroups für fortlaufende Irritationen sorgen, ohne sie als jeweilige Person der Lächerlichkeit preiszugeben. Das führt in den meisten Fällen eher zum gegenteiligen Effekt. Denn Verschwörungsideologien bieten eine enorme Selbstaufwertung, indem man sich einbilden kann, zu den wenigen Wissenden zu gehören. Eine Abwertung der entsprechenden Personen verstärkt diese Funktionsweise des Verschwörungsdenkens bloß noch mehr. Entsprechend gehen wir in unseren Seminaren wertschätzend und respektvoll mit allen Schüler*innen um und ziehen eine klare Grenze bei abwertenden Positionen. //

Christoph Hövel

Bildungsreferent des Modellprojekts
#Kopfeinschalten

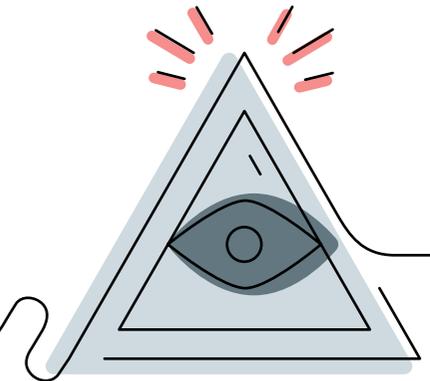
+ + +

Bundesprogramm *Demokratie leben!*

demokratie-leben.de

Was tun bei Verschwörungsmythen im Klassenzimmer?

Die Ansätze von #Kopfeinschalten lassen sich auf den Schulalltag übertragen und bieten Lehrkräften einen Leitfaden im Umgang mit Schüler*innen, die Verschwörungsideologien verbreiten.



1 Die eigene Unsicherheit zulassen

Denken in Verschwörungen lässt keinen Zweifel aufkommen, dass eine im Geheimen wirkende, groß angelegte Verschwörung im Gange ist. Die Selbstaufwertung, zu den wenigen Wissenden zu gehören, ist wesentlicher Bestandteil einer Verschwörungsideologie. Demgegenüber sollten Lehrkräfte ein Vorbild für ihre Schüler*innen sein und offen eigene Unsicherheiten eingestehen. //

2 Verschwörungsideolog*innen nicht der Lächerlichkeit preisgeben

Bietet das Denken in Verschwörungen eine Selbstaufwertung, wird die Abwertung, indem zum Beispiel Witze darüber gemacht werden, die Verschwörungsideolog*innen weiter in den Verschwörungsglauben treiben. Stattdessen sollte die Person ernst genommen und eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Verschwörungsdenken gesucht werden. //

3 Eine eigene Haltung entwickeln

Schüler*innen, die Verschwörungsideologien verbreiten, einfach ernst zu nehmen und die eigene Unsicherheit einzugestehen, reicht nicht aus. Es kann im schlimmsten Fall zum Eindruck in der Klasse führen, das Verschwörungsdenken sei eine legitime, kritische Position. Vor der Auseinandersetzung mit dem Verschwörungsglauben ist es daher wichtig, dass Lehrkräfte eine eigene Haltung dagegen entwickeln. //

4 Keine Diskussionen über Fakten

Verschwörungsideolog*innen sind oft äußerst vertraut mit den „Fakten“, die die Verschwörungsideologie stützen. Anstatt so zu tun, als sei man selbst Expert*in, sollte das geschlossene Weltbild thematisiert werden, in dem sich alles in die Verschwörungsideologie fügt und das keinen berechtigten Widerspruch anerkennt. Kritisch kann auch das Gesellschaftsbild besprochen werden, das ohne Zufall und Ambivalenz auskommt. //

5 Betroffene schützen und unterstützen

Verschwörungsideologien sind fast immer anschlussfähig für Antisemitismus, der prototypisch für die Vorstellung von im Geheimen agierenden Mächten ist. Dem sollte sich entschieden entgegengestellt werden, auch weil Betroffene anwesend sein könnten, die sich aus Angst nicht zu erkennen geben. Einige Verschwörungsideologien haben überdies rassistische und antifeministische Elemente. Auch hier ist eine klare Haltung gegen Abwertung und Hass erforderlich. //

Christoph Hövel

Bildungsreferent des Modellprojekts
#Kopfeinschalten

Erfahrungsräume für Demokratie

Demokratiebildung gehört zu den Kernaufgaben der frühkindlichen Bildung. Die Partizipation von Kindern, Beschwerdemöglichkeiten sowie die Kinderrechtebildung sind lange gesetzlich verankert. Trotzdem klafft zwischen diesem gesetzlichen Anspruch und der Realität eine große Lücke. Das Projekt *Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung* will das ändern und Fachkräfte unterstützen, damit mehr Beteiligung von Kindern im Kitaalltag gelingt.

Vor einigen Jahren haben meine Kinder in ihrer Kita an einem Präventionsprojekt zum Schutz vor (sexueller) Gewalt teilgenommen. Ich habe dies bis heute in guter Erinnerung, denn in den darauffolgenden Wochen bauten sie sich bei jeder mehr oder weniger geeigneten Situation vor uns auf, hielten uns den ausgestreckten Arm mit offener Handfläche entgegen und sagten laut: „Halt! Stopp! – Nicht mit mir!“ Sie hatten die Botschaft „Mein Körper gehört mir!“ ziemlich gut verstanden. Es war aber nicht die einzige Wirkung dieses Projekts in unserer Familie: In der Folgezeit argumentierte meine Älteste vor allem so: „Wenn mein Körper mir gehört und die Zähne zu meinem Körper gehören, dann ist es doch auch meine Entscheidung, ob ich meine Zähne putze oder nicht.“ Ich fand das damals schlüssig argumentiert. Bis heute führen wir ähnliche Diskussionen – verstärkt wieder seit Beginn der Pubertät.

Und was hat dieses Beispiel mit Demokratiebildung zu tun? Eine ganze Menge. Denn mehr Selbstbestimmung und demokratische Partizipation von Kindern führen zu frühkindlicher Demokratiebildung. Es geht im Grunde um die Auseinandersetzung mit den Fragen: Was dürfen Kinder in welchem Entwick-

lungsstadium allein entscheiden? Was dürfen sie mitbestimmen? Und welche Entscheidungen treffen wir als Erwachsene? Die Thematik betrifft nicht nur das Familienleben, sondern taucht in allen anderen Lebenswelten der Kinder auf, so auch in der Kindertagesbetreuung.

Demokratie als Lebensform – Kita als Mikrokosmos

Unter Demokratie verstehen die meisten Menschen vor allem eine Herrschaftsform, dabei bietet der Begriff weitere Zugangsmöglichkeiten. Einer dieser Zugänge ist die „Demokratie als Lebensform“, die der Pädagoge John Dewey begründet hat. Hierbei geht es mehr um das alltägliche, soziale Leben und um die Frage: Wie kann Demokratie im Miteinander erfahrbar gemacht werden?

Der Fokus liegt dabei auf der Mikroebene demokratischer Kultur wie der Familie, der Schule, der Kindertagespflege oder der Kindertagesstätte und somit auch auf der Grundlage allen demokratischen Handelns. Denn wer mit einem Verständnis von Toleranz und Fairness aufwächst, Vielfalt und Solidarität erlebt und Selbstorganisation erlernt, kann auch zukünftig in

einem demokratischen System agieren. Kitas und Kindertagespflegestellen bilden hierfür die Basis und bieten den Kindern erste Erfahrungsräume. Und genau aus diesem Grund setzt hier das Projekt *Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung* (DUVK) strukturell an.

Es ist ein Kooperationsprojekt der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, die Träger von circa zwei Dritteln (37.600) der rund 56.000 Kindertageseinrichtungen in Deutschland sind, der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Angebote, die von den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege verbandsspezifisch bereitgestellt werden, richten sich dabei vorrangig an pädagogische und nicht pädagogische Fachkräfte, Kindertagespflegepersonen,

Eltern und ihre Kinder sowie an Elternvertretungen. Diese Zielgruppen sollen für die Demokratiebildung gewonnen und qualifiziert werden. Sie sollen für Erscheinungsformen von Demokratiefindlichkeit und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sensibilisiert und in einem kompetenten Umgang mit diesen Phänomenen gestärkt werden. Zugleich soll ein Beitrag zur Qualitätsentwicklung im Bereich der frühkindlichen Bildung geleistet werden.

Kinder haben Rechte – von Geburt an

Demokratiebildung ist eine Kernaufgabe der Kindertagesbetreuung und als solche gesetzlich verankert. Was für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe gilt, gilt auch für die Kindertagesbetreuung und findet sich somit im ersten Satz des Präambel-Paragrafen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes wieder: „Jeder >>



+++

Infomaterial für
Fachkräfte in der Kita
www.kita.paritaet.org

E-Learningportal
Frühe Demokratiebildung
fruehe-demokratiebildung.de

Demokratie und Vielfalt in
der Kindertagesbetreuung
duvk.de

junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ Des Weiteren heißt es in § 8 Absatz 1 Satz 1: „Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.“ Seit 2012 wird das Gesetz zudem ergänzt durch die in § 45 Absatz 2 Satz 3 festgeschriebene Verpflichtung der Träger „[...] zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung geeignete Verfahren der Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten“ bereitzuhalten.

Seit die UN-Kinderrechtskonvention 1992 in Deutschland ratifiziert worden ist, gilt, wie in einem einfachen Bundesgesetz geregelt, dass „[...] die Vertragsstaaten [...] dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu(sichern), diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und [...] die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife“ zu berücksichtigen. Denn Kinder

haben eigene Rechte und sind auch von Geburt an Rechtsträger*innen!

Damit ist heute rechtlich unbestreitbar, was lange keineswegs selbstverständlich war. Denn das anthropologische Grundverhältnis hat sich in den letzten Jahren entscheidend verändert: von der existenziellen Abhängigkeit von Kindern und der machtvollen Verantwortung Erwachsener hin zur Anerkennung von Kindern als Menschen mit Rechten von Geburt an, mit Kompetenzen und Ressourcen, sowie als eigene Konstrukteur*innen und Akteur*innen ihrer Lebenswelten.

Kinder teilhaben zu lassen erfordert von Erwachsenen ein (partielles) Abgeben und Teilen von Macht, eine wertschätzende Haltung Kindern gegenüber, dialogische Abstimmungsprozesse und eine Balance zwischen Autonomie beziehungsweise Freiheit der Kinder sowie haltgebender Regeln und Beziehungen.

Partizipation ist ein Bildungsprozess

Neben der kinderrechtlichen Perspektive gibt es aber auch den entwicklungspsychologischen Ansatz.

AUF DEM WEG ZUR DEMOKRATISCHEN KITA

Der Paritätische NRW hat 2014 die Arbeitshilfe *Kinderrechte stärken!* erstellt, die Fachkräfte im Elementarbereich darin unterstützt, ein Partizipationskonzept für ihre Einrichtung zu entwickeln. Um den Einstieg in diesen Prozess hin zur partizipativen Kita zu erleichtern, leiten fünf Schritte die Fachkräfte praxisorientiert an. Anregungen für konkrete Beteiligungsmöglichkeiten, Leitfragen und Formulierungsbeispiele für die Erarbeitung des Konzepts bieten praktische Hilfen. Zudem gibt es Antworten auf Fragen wie: Welche Verfahren sind geeignet, um Kinder mit ihren

Anliegen zu beteiligen? Wie können Regelungen für Beschwerdemöglichkeiten gefunden werden? Welche Akteure sollten in den Prozess miteinbezogen werden?

Die vom Bundesprojekt aktualisierte Neuauflage der Arbeitshilfe kann bei Ulrike Mättig, Mitglied der Fachgruppe Kinder und Familie des Paritätischen NRW, per E-Mail an ulrike.maettig@paritaet-nrw.org angefordert oder im Internet heruntergeladen werden.

Arbeitshilfe *Kinderrechte stärken!*

tinyurl.com/konzept-partizipation-kita

Denn Partizipation begünstigt auch den Erwerb wesentlicher sozialer Kompetenzen. Sie erhöht beispielsweise die Konfliktlösekompetenz, fördert Empathie und Kompromissbereitschaft und verbessert die Frustrationstoleranz. Auch fördert sie Selbstwirksamkeit und das Selbstwertgefühl von Kindern.

Während Kinder in der Kindertagesbetreuung grundsätzlich das Recht haben sollten, alltäglich Demokratie zu erfahren, gestaltet sich die Umsetzung für Erwachsene und Fachkräfte meist schwieriger. Die Erfahrung zeigt, dass viele Erwachsene und Fachkräfte erst einmal für das Anliegen „erwärmt“ werden müssen. Denn hier treffen ganz unterschiedliche Haltungen, Einstellungen und Werte aufeinander. Zudem fehlt es häufig an methodischem Werkzeug und der nötigen Zeit für Veränderung.

Diesen Prozess anzuregen – Kinder mehr und besser zu beteiligen –, haben sich die Wohlfahrtsverbände zur Aufgabe gemacht. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat in Kooperation mit dem Bundesverband für Kindertagespflege viele Informationen rund um das Thema Demokratiebildung in der Kita zusammengetragen und für interessierte Fachkräfte online zugänglich gemacht:

- In einer Mediathek kommen Expert*innen in kurzen Videoclips zu Wort.
- Ein dokumentarischer Kurzfilm zeigt, wie Beteiligung von Kindern im Kitaalltag gelingen kann.
- Ein Onlineglossar, das *ABC der Beteiligung*, beinhaltet aktuell rund 60 Begriffe und bietet eine schnelle Informationsmöglichkeit.
- Verschiedene Arbeitshilfen geben Hilfestellung und Impulse für die Erarbeitung eines Partizipationskonzepts, für Beschwerdeverfahren in der Kita, zur Partizipation von sehr jungen Kindern und zum Übergang von der Kita in die Schule.

Ende 2021 wird zudem unter dem Titel *Frühe Demokratiebildung* ein E-Learning-Portal eröffnet. Auf diesem können Interessierte an einem Kurs zur Partizipation im Kitaalltag und an einem Kurs zur Entwicklung von Beschwerdeverfahren für Kinder in der Kita teilnehmen.

Ein wichtiges Modul der Kurse ist die Selbstevaluation. Sie soll Interessierten helfen, den Blick auf die Partizipation der Kinder in der eigenen Kita

oder Kindertagespflegestelle zu öffnen. Das oft erstmal abstrakte Thema soll für die pädagogische Arbeit konkretisiert und umsetzbar gemacht werden. Die Selbstevaluation soll dazu beitragen, die eigene pädagogische Arbeit wertzuschätzen, Entwicklungsbedarfe zu erkennen und gezielt Maßnahmen ergreifen zu können, die die Qualität der eigenen Arbeit verbessern und die Rechte der Kinder stärker berücksichtigen. Im Rahmen der Evaluation können sich Teilnehmende mit 13 Alltagsthemen selbstkritisch auseinandersetzen. Dabei geht es beispielsweise um das Essen und Trinken, Ruhen, um Kleidung oder um die Partizipation der Kinder in Gremien. Zu jedem Thema gibt es einen Erklärfilm, der vorab in das Thema einführt. Dadurch wird den Teilnehmenden ermöglicht, eine differenzierte Entscheidung zu treffen, bei welchen Alltagsthemen konkrete Verbesserungen erreicht werden sollen.

Wenn kleine Demokrat*innen in die Schule kommen

Was Kinder erfahren und erlernt haben, wirkt sich in der Regel auf all ihre Lebenswelten aus. Dass sie ihr Wissen mit nach Hause bringen und welche Anwendung Demokratie im Familienalltag findet, wurde eingangs bereits erwähnt. Doch was passiert, wenn Kinder, die sich in der Kita beteiligt und in ihren Rechten ernst genommen gefühlt haben, in die (meist weniger demokratisch verfasste) Schule kommen? Welchen nachhaltigen Effekt haben die frühen demokratiebildenden Erfahrungen auf ihr zukünftiges Leben? Diesen Fragen geht das Kooperationsprojekt in den nächsten Jahren vertieft nach und entwickelt Angebote, die den Übergang von der Kita in die Schule partizipativ gestalten sowie Schule und Hort zu demokratischen Orten machen. //

Marc Köster

Projektleiter Partizipation und
Demokratiebildung in der Kindertagesbetreuung
des Paritätischen Wohlfahrtsverbands,
Moderator für Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte

EINMISCHEN

Politik und Veränderung

60,4

Millionen Wahlberechtigte sind am 26. September 2021 zur Bundestagswahl aufgefordert, ihre Stimme abzugeben.

Jede*r Fünfte von ihnen lebt in NRW.

Quelle: tinyurl.com/bundestagswahl-wahlberechtigte

Aus Forderungen müssen Taten werden

Zur Bundestagswahl am 26. September 2021 hat die GEW sechs Kernforderungen aufgestellt. Denn die Bildungsgewerkschaft erwartet von der neuen Regierung nachhaltige Investitionen in den Bildungsbereich für einen qualitativen und quantitativen Ausbau des gesamten Bildungswesens.



1 Fachkräftemangel beenden

Die GEW fordert: Ausbildungskapazitäten hochfahren und Bildungsberufe attraktiver machen! //

2 Investitionsstau beseitigen

Die GEW fordert: Schuldenbremse abschaffen, Einnahmeseite durch gerechtere Steuern stärken, überfällige Investitionen in Bildung tätigen! //

3 Digitale Ausstattung voranbringen

Die GEW fordert: Digitalpakt aufstocken, verstetigen und auf weitere Bildungsbereiche ausdehnen! //

4 Ganzttag garantieren, Schulsozialarbeit ausbauen

Die GEW fordert: Schulsozialarbeit ausbauen und Recht auf Ganzttag im Grundschulalter mit einer Qualitäts-offensive verbinden! //

5 Demokratie und politische Bildung stärken, Chancengleichheit herstellen

Die GEW fordert: Politische Bildung stärken und gesellschaftliche Spaltung verhindern! //

6 Gute Bildung – gute Arbeit

Die GEW fordert: Bildung für alle sichern sowie prekäre und befristete Beschäftigungsverhältnisse überwinden! //

+++

Langfassung der GEW-Forderungen

gew.de/bundestagswahl-2021

Wir brauchen dringend die Vernunft von unten

Zwei Wochenstunden Politik oder Gesellschaftslehre in der Schule oder der Blick in die allabendlichen Fernsehnachrichten – reicht das, um zu mündigen Bürger*innen zu werden? Kann oder muss hier außerschulische politische Bildung ansetzen? Und wie muss sie aussehen, um politische und demokratische Beteiligung wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaft zu rücken? Ein Interview mit der Politologin und Erziehungswissenschaftlerin Julika Bürgin.

PROF. DR. JULIKA BÜRGIN

ist Politologin und Erziehungswissenschaftlerin. Seit 2015 lehrt sie an der Hochschule Darmstadt im Fachbereich Soziale Arbeit. Zuvor war sie lange in der gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen Erwachsenenbildung aktiv.



Gerade angesichts von erstarkendem Rechtspopulismus – was muss außerschulische politische Bildung leisten?

Julika Bürgin: Für mich ist das, was aktuell unter Rechtspopulismus diskutiert wird, kein Grund, etwas an den Prinzipien außerschulischer politischer Bildungsarbeit zu ändern. Es ist eine verengte Sicht, zu glauben, der Rechtspopulismus oder die AfD seien das zentrale Problem. Natürlich muss die Gefahr von rechts ernst genommen werden, außerschulische Bildungsarbeit sollte sich aber nicht darüber definieren.

Es ist vielmehr ein grundlegendes Recht jedes*r Einzelnen, die Welt zu verstehen und die eigene Position darin zu finden, um sich und die Welt verändern zu können. Diese Möglichkeiten sind nicht nur auf Schule beschränkt, es gibt sie auch jenseits von Schule, Studium, Ausbildung und Beruf. Erwachsenen- und Jugendbildungsförderungsgesetze sind wichtige demokratische Errungenschaften.

Inhaltlich und didaktisch durchdacht, schaffen die Träger der außerschulischen Bildungsarbeit Räume, um Zu-

sammenhänge zu verstehen und sie gemeinsam mit anderen Fragen besser zu durchdringen und Antworten zu finden. Wir brauchen dringend die Vernunft von unten gegen industriell-technokratische Strategien, die die menschlichen Lebensgrundlagen ruinieren.

Welches Ziel hat außerschulische politische Bildung? Geht es darum, dass Menschen lernen, das „Richtige“ zu wählen oder um eine Stärkung demokratischer Werte?

Julika Bürgin: Politische Bildungsarbeit ist ein großes Feld, kein abgegrenztes Fachgebiet. Sie muss das Politische und Politik zum Thema machen, wo diese im Leben von Menschen bedeutsam sind. Politische Urteils- und Handlungsfähigkeit zu fördern, ist die originäre Aufgabe der politischen Bildungsträger. Kritische politische Bildungsarbeit betont, dass alle gesellschaftlichen Verhältnisse von Menschen gemacht und daher auch durch Menschen veränderbar sind. Es geht also nicht um Wahlempfehlungen, sondern darum, dass Menschen ihre eigenen Interessen

bestimmen und gemeinsam mit anderen vertreten.

Mit *Fridays for Future* gehen junge Menschen auf die Straße, die noch gar kein Wahlrecht haben. Und sie haben etwas bewirkt. So hat das Bundesverfassungsgericht geurteilt, dass das Klimaschutzgesetz nachgebessert werden muss.

An wen richtet sich politische Erwachsenenbildung? Und erreicht sie die sogenannten „bildungsfernen“ Zielgruppen überhaupt?

Julika Bürgin: Das ist eine zentrale Frage. Bei der letzten *Leipziger Autoritarismus-Studie* im Jahr 2020 haben 73 Prozent der repräsentativ Befragten gesagt, dass sie sowieso keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut. Die, die sich von der Gesellschaft abgehängt fühlen, sehen oft wenig Sinn darin, sich politisch einzubringen oder auch nur zu wählen. Sie sehen sich nicht mehr als demokratischer Souverän, sondern erleben, wie Politik an ihren Interessen vorbeiregiert. Das ist alarmierend und kann nicht durch politische Bildungsarbeit gelöst werden. »

„Kritische politische Bildungsarbeit betont, dass alle gesellschaftlichen Verhältnisse von Menschen gemacht und daher auch durch Menschen veränderbar sind.“

Aus meiner Sicht ist es notwendig, Politik zu verändern und die Stimmen der Unvernommenen zu hören. Bildungsarbeit ist kein Instrument, um Demokratiedefizite zu kaschieren und Beteiligung zu simulieren. In einer Demokratie müssen sich die Menschen als Demos erfahren, also über alles mitentscheiden, was sie betrifft.

Im Grundgesetz ist das Demokratieprinzip verankert. Aber die hierfür zentralen Minderheits- und Oppositionsrechte sind zunehmend angegriffen – nicht nur die von Rechtspopulist*innen, sondern auch die aus dem Zentrum der Gesellschaft, etwa durch Verschärfungen von Versammlungs-, Polizei- und Verfassungsschutzgesetzen, durch Einschränkungen von Presse-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit.

Was bedeutet der Demokratieverlust für die politische Bildung?

Julika Bürgin: Unsere Politik ist stark von Lobbyarbeit bestimmt und zieht sich hinter Sachzwängen zurück. Ein Beispiel: In der Corona-Pandemie wur-

de erkannt, wie wichtig Pflegekräfte sind, wie hart und schlecht bezahlt ihre Arbeit ist. Aber daraus folgte keine Aufwertung ihrer Arbeitsbedingungen. Warum sollten Pflegekräfte wählen, wenn sie außer Applaus nichts zu erwarten haben?

Es geht hier um sozial- und wirtschaftspolitische Konflikte. Und insbesondere gewerkschaftliche Bildungsarbeit trägt dazu bei, dass die Beschäftigten ihre Interessen bestimmen und sich Gehör verschaffen. Aber gerade diese zentrale Aufgabe politischer Bildungsarbeit ist unter Beschuss.

Ein anderes Beispiel: Der Bundesfinanzhof entzog Attac die Gemeinnützigkeit mit der Begründung, die politische Bildungsarbeit des Vereins beeinflusse zu sehr die politische Meinungsbildung. Mit dieser Argumentation könnten viele politische Bildungsträger – vermutlich alle gewerkschaftlichen – ihre Gemeinnützigkeit verlieren.

Der deutliche Protest ist bisher ausgeblieben. Dabei geht es um die Substanz, nämlich, politisch zu urteilen, um

politisch zu handeln. Die Bildungsträger werden den Finanzämtern künftig dokumentieren müssen, nicht auf die politische Meinungsbildung Einfluss zu nehmen, wenn sie ihre Gemeinnützigkeit nicht verlieren wollen. Wenn die Bildungsträger das nicht wollen, müssen sie selbst politisch handeln. Bildungsträger gehören oft zu großen gesellschaftlichen Organisationen, die durchaus Macht haben, zu intervenieren.



EXTREMISMUSPRÄVENTION ALS POLIZEILICHE ORDNUNG. ZUR POLITIK DER DEMOKRATIEBILDUNG

Julika Bürgin

erscheint im Oktober 2021 in Print- und Open-Access-Version

Julika Bürgin untersucht den Vorstoß der „Extremismusprävention“ in politischer Bildung und demokratischer Praxis. Im Mittelpunkt stehen die Strategien staatlicher Förderprogramme, die in die Autonomie freier Träger eingreifen.

16,95 Euro

Mehr Infos beim Beltz Verlag

gew-nrw.tiny.us/beltz-buergin

„Man darf demokratische Rechte nicht beschränken, um sie zu retten. Man muss sie praktizieren.“

Sie thematisieren in Ihren Publikationen oft den Begriff „Mündigkeit“. Geht es um die Mündigkeit der Bürger*innen oder auch die Mündigkeit der Träger von Bildungsangeboten?

Julika Bürgin: Es gab in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine beklagenswerte Veränderung der institutionellen Förderstrukturen der Jugend- und Erwachsenenbildung – auf Landes- und Bundesebene. Viele der Träger sind aus gesellschaftlichen Institutionen hervorgegangen, aus Gewerkschaften, Kirchen oder Umweltverbänden. Damit gibt es eine plurale Landschaft außerschulischer Bildungsarbeit. Aber die institutionelle Förderung wird immer löcheriger.

Stattdessen werden Programme aufgelegt, mit denen Regierungen sich inhaltliche Zugriffe sichern. Damit sind die Träger von Bildungsangeboten immer weniger frei, ihre Bildungsarbeit auf gesetzlicher Grundlage autonom auszugestalten. Sie müssen vielmehr dem Fördermittelgeber auch inhaltlich folgen. Was als Förderung deklariert wird, ähnelt häufig staatlicher Auftragsvergabe.

Faktisch sieht es oft so aus: Der Staat macht ein Förderprogramm mit weitreichenden inhaltlichen Setzungen und die Träger sind nur noch frei zu entscheiden, ob sie die Vorgaben akzeptieren oder auf die Mittel verzichten – wenn sie sich das leisten können. Zu viel „Antragslyrik“ ist riskant und bringt die Träger in eine defensive Position. Sie können also nicht mehr die Themen aufgreifen, um die es in der jeweiligen Organisation, der Gewerkschaft oder dem Umweltverband geht. Die Förderlogik bewirkt, die Interessen der Adressat*innen nicht mehr in den Mittelpunkt zu stellen und schränkt so die Möglichkeiten gesellschaftlichen Engagements ein. Hier wird weniger Demokratie gefördert als politische Konformität.

Sie haben, ebenso wie einige GEW-Landesverbände, die Stellungnahme *Keine Minute warten im Kampf gegen rechts – Manifest für die Zivilgesellschaft und die politische Bildung nicht unterzeichnet*. Warum nicht?

Julika Bürgin: Die Initiator*innen wollen politische Bildung auf eine wehr-

hafte Demokratie verpflichten. Mit diesem Demokratiekonzept wurden in den 1970er-Jahren Berufsverbote insbesondere gegen kritische Lehrer*innen begründet. Die GEW hat das als politischen Fehler erkannt. Demokratie zu beschränken, ist heute so falsch wie damals.

Notwendig ist die politische Auseinandersetzung beispielsweise mit der Desiderius-Erasmus-Stiftung der AfD, vor allem aber mit den gesellschaftlichen Strukturen, die autoritäre und rassistische Politik starkmachen. Man darf demokratische Rechte nicht beschränken, um sie zu retten. Man muss sie praktizieren. //

Die Fragen stellte Simone Theyßen-Speich.

Diplom-Journalistin

+++

Arbeit und Leben e. V.: Materialien und Veranstaltungen zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung
arbeitundleben.de

Volksabstimmung auf Bundesebene – eine gute Idee?

In deutschen Kommunen sowie auf Länderebene haben die Bürger*innen die Möglichkeit, direkte Demokratie zu leben. Auf Bundesebene hingegen ist die Einführung von Volksabstimmungen umstritten.

Pro

Volksabstimmungen auf Bundesebene sind Demokratie für Erwachsene, meint Daniel Schily, Mitglied im Vereinsvorstand *Mehr Demokratie e. V.*

In den Bundesländern und den Gemeinden hat sich die direkte Demokratie längst durchgesetzt. Dort können Bürger*innen ihre Staatsgewalt nach der grundgesetzlichen Bestimmung „in Wahlen und Abstimmungen“ ausüben. Dort wird evident, dass die repräsentative Demokratie ihre Legitimationsbasis erhöht, wenn die Tür zu unmittelbaren Entscheidungen der Bürger*innenschaft immer offensteht. Dort wird zudem mit weiteren innovativen Instrumenten der Bürger*innenbeteiligung gearbeitet. Das ist eine sich entwickelnde Demokratie für Erwachsene, die einer infantilisierenden und polarisierenden Stimmungsdemokratie entgegenwirkt.

Eine Demokratie für Erwachsene stellt eine politische Ordnung dar, die von der beständigen Mündigkeit und Mitwirkungsmöglichkeit aller Bürger*innen ausgeht. Es ist eine Demokratie, in der die Gräben zwischen Berufspolitik und Volk überbrückt werden. Eine vielfältige und lernende Demokratie, die ihre repräsentativen, direkten und deliberativen Funktionselemente sinnvoll miteinander verbindet, eröffnet Zukunftsperspektiven für eine komplexe Gesellschaft. Der entscheidende Anfang auf Bundesebene wäre gemacht, wenn durch den Deutschen Bundestag eine Regelung von Volksinitiativen, Volksbegehren und

Volksentscheiden erlassen würde. Dabei ist die rechtsstaatliche Einbindung der direkten Demokratie heute eine Selbstverständlichkeit. Nur Vorschläge, die die Grund- und Menschenrechte beachten, sollen zur Abstimmung kommen können.

Aufgrund der Demokratiegeschichte der Deutschen, die sowohl von Verdrängungen der Eliten als auch ihrer Gefolgschaften gekennzeichnet ist, fällt dieser Aufbruch in die erwachsene Demokratie einerseits schwer. Schon Theodor Heuss, der erste Bundespräsident von Deutschland West, hatte vor der Wiedereinführung von Volksabstimmungen, die es in der Weimarer Republik durchaus gab, ängstlich gewarnt und gleichzeitig sein Mitstimmen beim Ermächtigungsgesetz unter den Teppich gekehrt. Andererseits lassen sich bis heute viele Bürger*innen bereitwillig führen, um dann umso mehr die Schuld für alles Nichtgelungene bei „denen da oben“ zu verorten. Doch die bloße Verteidigung des demokratiepolitischen und -rechtlichen Status quo in der Bundesrepublik Deutschland und der EU bedeutet Rückschritt und gesellschaftliche Polarisierung.

Jetzt, da die BRD bereits die 70 Jahre überschritten hat und der Beitritt der DDR in die Verfassungsordnung des Grundgesetzes schon über 30 Jahre zurückliegt, ist die Zeit für neue Demokratiecourage gekommen. Es gilt, jetzt mehr Demokratie zu wagen, um die Erfolgsgeschichte der Demokratie in Deutschland und Europa fortzusetzen. //

Kontra

Foto: Universität Bonn / Volker Lannert



FRANK DECKER

Professor für Politologie an der
Universität Bonn

Dr. Frank Decker, Professor für Politologie an der Universität Bonn, rät von einer Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene ab.

Die Einführung von Volksabstimmungen ist nur dann sinnvoll, wenn sich damit ein demokratischer Mehrwert verbindet. Dieser könnte beispielsweise darin bestehen, dass besser regiert wird oder dass die allgemeine Zufriedenheit der Bürger*innen mit dem politischen System zunimmt. Für beides gibt es in der Forschung keine belastbaren empirischen Belege. Auch der Verweis auf die vermeintlich positiven Erfahrungen in der Schweiz hilft für die deutsche Diskussion nicht weiter, da die direkte Demokratie dort eine viel längere Tradition aufweist und in die Struktur des Regierungssystems stimmig integriert ist.

In deutschen Kommunen und auf Länderebene existiert die direkte Demokratie seit den 1990er-Jahren flächendeckend – und zwar in der vermeintlich progressivsten Form der „Volksgesetzgebung“. Diese gibt den Bürger*innen selbst das Recht, einen Bürger- oder Volksentscheid herbeizuführen – auch gegen den Willen der Regierenden. Die Übernahme dieses Modells auf der Bundesebene ist nicht ratsam, weil es die Funktionslogik des parlamentarischen Regierungssystems durchkreuzen würde, die auf dem Gegenüber von regierender Mehrheit und Opposition basiert. Anders als in den Parlamenten auf Kommunal- und Landesebene kann die Opposition im Bundestag das, was die Mehrheit will, nur kritisieren, aber nicht verhindern. Genau das würde sich ändern, wenn man ihr die Gelegenheit eröffnete, über die Hintertür der Plebiszite mitzuregieren. Deren Einführung wäre deshalb allenfalls mit starken Einschränkungen möglich, was bei den Bürger*innen den Eindruck erwecken könnte, die Regierenden meinten es mit dem Versprechen der direkten Demokratie doch nicht so ernst.

Der Spielraum für die direkte Demokratie ist in den Kommunen und auf Länderebene größer, nachdem die hohen Hürden für die Ingangsetzung der Verfahren vielerorts nach und nach abgesenkt wurden. Hier eignen sie sich vor allem für Themen, die mit einer hohen Legitimationsrelevanz verbunden sind, etwa Infrastrukturvorhaben oder Verfassungsreformen. Auf Bundesebene, wo es solche Themen ebenfalls gibt, würden sich anstelle von Volksabstimmungen eher Bürgerräte anbieten. Deren Empfehlungen wären aber – im Unterschied zu den Volksentscheiden – für Parlament und Regierung nicht bindend. Darüber hinaus spräche nichts dagegen, den Bürger*innen das Recht einzuräumen, mittels einer „Agenda-Initiative“ das Parlament dazu zu zwingen, sich mit einer bestimmten Angelegenheit zu beschäftigen. //



Foto: Democracy International e.V.

DANIEL SCHILY

Mitglied im Vereinsvorstand
Mehr Demokratie e. V.



„Jede Schule muss die Ressourcen erhalten, die sie befähigt, passgenaue Angebote zu kreieren und dazu auch Kooperationen mit außerschulischen Partnern einzugehen – sei es, um personelle Unterstützung im Unterricht zu erhalten oder eine Hausaufgabenhilfe am Nachmittag organisieren zu können.“

Ayla Çelik,
Vorsitzende der GEW NRW

Im neuen Schuljahr ist mehr als Extra-Zeit zum Lernen nötig

Zu spät aufgelegt, schlecht kommuniziert und damit kaum umsetzbar: Die Aufholprogramme in der Corona-Pandemie für benachteiligte Schüler*innen sind 2020 schleppend angelaufen. In diesem Jahr stellt neben dem Land auch der Bund finanzielle Unterstützung bereit. So konnten in den Sommerferien erste Angebote für Kinder und Jugendliche realisiert werden. Doch das Aufholen pandemiebedingter Rückstände muss im neuen Schuljahr noch mehr Fahrt aufnehmen, fordert die GEW NRW.

„Es ist erfreulich, dass die Landesregierung aus den schlechten Erfahrungen des Vorjahres gelernt hat und die Förderprogramme weiterentwickelt wurden“, sagt Ayla Çelik, Vorsitzende der GEW NRW. „Auf diese Weise wurde zumindest stellenweise ein akzeptabler Ferienspaß auf die Beine gestellt.“ Allerdings ließen sich 17 Monate Pandemie nicht mit Monaten gar Wochen auskurieren. „Kinder und Jugendliche müssen die Corona-Folgen überwinden. Das braucht Zeit, Raum und Ressourcen – und zwar für das ganze Schuljahr und sogar noch darüber hinaus“, macht Ayla Çelik deutlich.

24 Schulen aus Bonn organisieren *Extra-Zeit* in den Sommerferien

Eines der Programme für außerschulische Bildungsangebote in der Corona-Krise heißt *Extra-Zeit zum Lernen*. Bonn gehört zu den Städten, die es in

den Sommerferien erstmals in größerem Umfang umgesetzt haben. Insgesamt 24 Schulen, vor allem aus dem Grundschulbereich, machten dort gezielt Angebote für schwache Schüler*innen. „Wir haben im Vorfeld alle Schulen angeschrieben und das Programm in Videokonferenzen mit den Schulleitungen beworben“, erklärt Tobias Niketta, Leiter der Pädagogischen Abteilung im Bonner Schulamt.

Interessierte Schulen hatten zwei Möglichkeiten zur Teilnahme: Sie konnten die Organisation zum einen in die Hände eines Jugendhilfeträgers legen und beim Schulamt einen Antrag zur Förderung der Maßnahmen stellen. „Die Leistung der Stadt bestand in diesen Fällen darin, die Mittel des Landes weiterzureichen“, sagt Tobias Niketta. Zum anderen wurde das Regionale Bildungsbüro, eine gemeinsame Einrichtung der Stadt Bonn und des Landes NRW, zum

>>

zentralen Koordinator. Die Schulen bildeten Gruppen mit acht bis zehn Kindern und mussten zwei Bildungsbegleiter*innen aus dem Kollegium bestimmen. „Anschließend haben sie uns ihren Personalbedarf für die Umsetzung des Programms mitgeteilt, und wir haben weitere Bildungsbegleiter*innen gesucht, die die Schulen zwei Wochen vor Ort unterstützen – beispielsweise Lehramtsanwärter*innen, Studierende und Schüler*innen ab 15 Jahren.“ Über die Verteilung des Budgets – rund 400 Euro pro Tag für jede Gruppe – hätten die Schulen frei entscheiden können.

„Wir sind sehr zufrieden mit dem Engagement der Schulen und Träger, die trotz der anstrengenden Monate der Pandemie die Angebote für Schülerinnen und Schüler an den Start gebracht haben. Es freut uns, dass es die Fördermittel gibt – auch wenn uns die Organisation angesichts knapper personeller Ressourcen vor Herausforderungen gestellt hat“, betont Tobias Niketta. In den kommenden Wochen gehe es um eine Nachbetrachtung des Programms. „Wir machen uns Gedanken, was wir in den Herbstferien und darüber hinaus anbieten können.“

Planung für Umsetzung des Förderprogramms birgt Hürden

Claudia Sander-Braunert, Leiterin des Beckumer Grundschulverbunds Sonnenschule, kann in dieser Hinsicht schon auf mehr Erfahrung zurückblicken. Gemeinsam mit ihrem Team organisierte sie bereits im vergangenen Herbst ein erstes Ferienangebot für Schüler*innen. Um die Fördermittel aus der *Extra-Zeit* nutzen zu können, musste sie ein pädagogisches Konzept samt Finanzplanung an die Beckumer Stadtverwaltung übermitteln. Die Stadt übernahm 20 Prozent der Kosten und die Abwicklung mit der Bezirksregierung.

„Damals wussten wir noch nicht genau, welches Budget uns zur Verfügung steht und welche Wege wir einhalten müssen“, erzählt Claudia Sander-Braunert. Bei der Fortführung in diesem Jahr habe man zumindest diese formalen Anforderungen schnell erfüllen können. Ganz einfach war die Planung trotzdem nicht: „Um das Programm durchführen zu können, musste ich neben unseren Lehramtsanwärter*innen jedes Mal auch Studierende gewinnen, die uns unterstützen. Da braucht man gute Kontakte – gerade im ländlichen Raum.“

Beckumer Grundschüler*innen holen Versäumtes auf freiwilliger Basis auf

Schon vor den Sommerferien bot der Grundschulverbund seinen Viertklässler*innen eine Förderung zum Übergang an die weiterführenden Schulen an. An sechs Nachmittagen ging es in Kleingruppen um versäumte Inhalte in Mathe, Deutsch und Sachunterricht – auf freiwilliger Basis. „Wir haben dabei aber auch gezielt Schüler*innen angesprochen, die uns aufgefallen sind“, sagt Claudia Sander-Braunert. Das Angebot für die ersten bis dritten Schuljahre stand dann ebenfalls grundsätzlich allen Kindern offen. „Doch auch hier haben wir versucht, dass Schüler*innen mit großen Lernrückständen auf jeden Fall dabei sind.“

Kinder und Eltern seien mit dem Ferienprogramm sehr zufrieden gewesen. Doch ob die Angebote eine nachhaltige Wirkung zeigten, werde vermutlich erst im Laufe des neuen Schuljahrs sichtbar, betont die Beckumer Schulleiterin. „Mit Blick auf die Sozialkompetenzen war das eine sehr wertvolle Zeit, so viel kann man schon sagen. Die Kinder sind gerne zu uns gekommen, und sie haben es genossen, wieder zusammen am Tisch zu sitzen.“

AWO ermöglicht Grundschüler*innen in Bochum Erlebnisse

Den Aspekt des gemeinsamen Erlebens hat die AWO Ruhr-Mitte von Beginn an in den Mittelpunkt ihres Ferienprogramms gestellt. In Kooperation mit der Gertrudisschule organisierte die AWO über das Förderprogramm *Extra-Zeit zum Lernen* an insgesamt vier Bochumer Grundschulen ein zusätzliches Ferienprogramm. Die Angebote für die rund 300 Kinder waren vielfältig – von Stadtteilrallyes über Erkundungsbesuche in der Sternwarte bis hin zum Fußballcamp beim VfL Bochum. „Wir wollten spielerisch Wissen vermitteln und Bewegungsanreize schaffen – unabhängig von den schulischen Leistungen der Kinder“, erklärt AWO-Fachbereichsleiterin Tina Diebel. Dabei seien pandemiebedingte Defizite nicht nur in Mathe oder Deutsch sichtbar geworden. „Von unseren Mitarbeitenden hören wir, dass Kindern auch Bewegung und Kondition fehlen. Im vergangenen Jahr ist da einfach sehr wenig passiert.“

Auch in Bochum übernahm die Stadt den vorgesehenen Eigenanteil von 20 Prozent, sodass die AWO

den Förderantrag bei der Bezirksregierung einreichen konnte. „Wir haben eine Koordinatorin eingestellt, die nach der Förderzusage kurzfristig alles in die Wege geleitet hat. Und die Schulen haben die Benachrichtigung der Eltern übernommen“, erzählt Tina Diebel. Nach dem erfolgreichen Start beabsichtigt die AWO Ruhr-Mitte, mit einem weiteren Förderantrag auch die schulischen Leistungen in den Blick zu nehmen. „So möchten wir schwachen Schüler*innen im neuen Schuljahr helfen, den Lernstoff der vergangenen Monate aufzuholen.“

Schulen brauchen nach den Ferien schnelle, unbürokratische Hilfen

Und genau das sei dringend notwendig, betont Landesvorsitzende Ayla Çelik: „Es darf nicht bei den wenigen Angeboten der Sommerferien bleiben. Stattdessen muss es nun darum gehen, die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sinnvoll zu verteilen

und an die Erfahrungen aus der Ferienzeit anzuknüpfen.“ Neben schneller und unbürokratischer Hilfe bräuchten Schulen vor allem zusätzliche personelle Ressourcen – und die Möglichkeit, auf den individuellen Förderbedarf von Schüler*innen zu reagieren. „Jede Schule muss die Ressourcen erhalten, die sie befähigt, passgenaue Angebote zu kreieren und dazu auch Kooperationen mit außerschulischen Partnern einzugehen – sei es, um personelle Unterstützung im Unterricht zu erhalten oder eine Hausaufgabenhilfe am Nachmittag organisieren zu können“, so Ayla Çelik. Dabei sollten Förderangebote und Regelunterricht im direkten Zusammenhang stehen.

Wichtig sei zudem, Lehrer*innen mehr Freiräume bei der Gestaltung des Unterrichts zu gewähren. „Sie müssen die Möglichkeit haben, individuell auf Schüler*innen einzugehen.“ //

Anne Petersohn
freie Journalistin

FÖRDERPROGRAMME

Damit Schüler*innen corona- bedingte Lernrückstände durch Unterrichtsausfall und Distanz- unterricht aufholen können, haben Bund und Länder verschiedene Förderprogramme aufgelegt.

- Das *Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche* ist eine gemeinsame Initiative von Bund und Ländern. Für 2021 und 2022 stehen den Schulen in NRW zum „Abbau von Lernrückständen“ insgesamt rund 430 Millionen Euro zur Verfügung.
- Bereits im Sommer 2020 startete das Programm *Extra-Zeit zum Lernen*, das nun bis zum Ende der Sommerferien

2022 verlängert und in das Gesamtkonzept der Förderprogramme integriert wurde. Die Landesregierung hat für den Zeitraum von März 2021 bis Sommer 2022 insgesamt 60 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Gemeinden, Jugendhilfeträger und Hochschulen können damit außerschulische Bildungs- und Betreuungsangebote für Kleingruppen mit 8 bis 15 Teilnehmenden realisieren. Dabei trägt das Land jeweils 80 Prozent der Kosten.

Infos zu Aufholen nach Corona

schulministerium.nrw/ankommen-aufholen

Infos zu Extra-Zeit zum Lernen

schulministerium.nrw/extra-zeit

Hallo, ich bin Jana.

„Das Unmögliche ist eine
Möglichkeit, die du nur noch
nicht erkannt hast.“



Name und Alter:

Jana Katrin Koch, 35 Jahre

Ich habe ein Haustier:

Einen Hund. Er heißt Leo und ist ein Mischling aus Norfolk Terrier und Affenpinscher aus Kroatien. Wir sind uns ziemlich ähnlich: ganz viel Eigensinn, großes Bedürfnis nach Herausforderungen, aber gleichzeitig auch nach Routine.

Das wollte ich als Kind werden:

Zuerst Polizistin, weil ich die aus dem Großstadtrevier so toll fand, danach Journalistin beim Radio.

Heute arbeite ich als:

Grundschullehrerin und Sonderpädagogin im Gemeinsamen Lernen.

Wenn ich einen Wunsch frei hätte:

Würde ich mir eine parteilose Bildungsministerin wünschen, die zuvor auch in diesem Bereich gearbeitet hat – gerne auch mit GEWerschaftlichem Hintergrund.

Gewerkschaft ist für mich:

Ein lieb gewonnenes, manchmal auch anstrengendes, aber immer wieder gern kontaktiertes Familienmitglied.

Die GEW müsste:

Sich manchmal mehr trauen und einfach machen.

Impressum

lautstark. – ISSN 0720-9673

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW
Nünningstraße 11, 45141 Essen

Redaktion

Vanessa Glaschke
Anja Heifel-Rohden
Sherin Krüger
Alica Kronenberg
Cristina Lamyon
Fritz Junkers (verantwortlicher Redakteur)
Sabine Flögel

E-Mail der Redaktion

redaktion@lautstark-magazin.de
leserbrief@lautstark-magazin.de

Layout, Design, Illustration und Bildredaktion

büreau – raum für gestaltung

Layout und Satz des Onlinemagazins

Lisa Müller, Denise Heidenreich

Lektorat

Ulrike Dorgeist, Silvia Michel

GEW-Landesgeschäftsstelle

Nünningstraße 11, 45141 Essen
Telefon: 0201 2940301
Fax: 0201 2940351
E-Mail: info@gew-nrw.de

Redaktion und Verlag

Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH
Nünningstraße 11, 45141 Essen
Geschäftsführung: Hartmut Reich
Telefon: 0201 2940306
Fax: 0201 2940314
E-Mail: office@nds-verlag.de

Druck und Versand

L. N. Schaffrath GmbH & Co. KG Druck-Medien

Papier

Umschlag: Envirotop, 190 g/m²
Innenteil: Envirotop, 80 g/m²

Auflage

50.000, Erscheinungsweise: 7 x jährlich

Für Mitglieder der GEW NRW ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Sie können die Printausgabe, beispielsweise aus ökologischen Gründen, jederzeit per Mail an info@gew-nrw.de abbestellen und nur die frei zugängliche Onlineveröffentlichung (PDF) unter lautstark-magazin.de nutzen. Nichtmitglieder können die Zeitschrift beim Verlag bestellen. Erfüllungsort und Gerichtsstand sind in Essen.

Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW NRW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich bei allen Veröffentlichungen Kürzungen vor. Die Einsendung von Beiträgen muss vorher mit der Redaktion verabredet werden. Unverlangt eingesandte Bücher und Beiträge werden nur zurückgesandt, wenn dies gewünscht wird.

Titelbild: LordHenriVoton / istockphoto.com

lautstark-magazin.de
gew-nrw.de
nds-verlag.de



Das für die lautstark. verwendete Papier ist ein 100-prozentiges Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel.

lautstark.

DIE NEUE AUSGABE ERSCHEINT AM

19. OKTOBER 2021

Gender, Quote, Queer: Gegen Diskriminierung – für Vielfalt

Die nächste Ausgabe der lautstark. steht im Zeichen des Regenbogens: Es geht um Queerness, Gleichberechtigung und Geschlechterverhältnisse. Wie kann mehr Akzeptanz für sexuelle Vielfalt in den Bildungseinrichtungen erreicht werden? Wie beeinflussen Geschlechternormen die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen? Welche Rolle spielen dabei Kitas und Schulen? Und wie können wir in der Gesellschaft Geschlechterklischees überwinden und mehr Gleichberechtigung herstellen?

DEINE STIMME FÜR UNSERE DEMOKRATIE!



Die GEW NRW steht für eine bunte, offene Gesellschaft. Wir machen uns stark für ein solidarisches Miteinander, für soziale Gerechtigkeit und mehr Teilhabe. Wir zeigen klare Kante gegen Ausgrenzung und Diskriminierung.

**Mach mit und wähle bei der Bundestagswahl
am 26. September 2021 demokratisch!**

